

Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht 2023

Organisationsstruktur der IKB

INNSBRUCKER KOMMUNALBETRIEBE AKTIENGESELLSCHAFT

VORSTAND

DI Helmuth Müller
Vorsitzender des Vorstandes

Dr. Thomas Pühringer
Mitglied des Vorstandes

DI Thomas Gasser, MBA
Mitglied des Vorstandes

SERVICEBEREICHE

Management Service	Kundenservice	Personal	Informations-technologie	Zentrale Services
Marketing/PR	Unternehmens-entwicklung und Innovation	Juristische Services	Vorstands-services und Compliance	Konzernrevision

GESCHÄFTSBEREICHE

Strom-Erzeugung	Wasser	Abfallwirtschaft
Strom-Netz	Abwasser	Telekommunikation
Strom-Vertrieb	Bäder	Energieservices

Organe der Gesellschaft und Governance

Gemäß österreichischem Aktiengesetz leitet der Vorstand der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft die Gesellschaft unter eigener Verantwortung, wie es das Wohl des Unternehmens unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmer:innen, der Aktionär:innen sowie der Öffentlichkeit erfordert. Kollegialität, Offenheit, ständiger Informationsaustausch und kurze Entscheidungswege zählen dabei zu den obersten Prinzipien. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements. Nachhaltigkeitsziele und -maßnahmen sind Teil der individuellen Zielvereinbarung im Rahmen des erfolgsabhängigen Bonussystems.

Der Aufsichtsrat der IKB besteht aus insgesamt zwölf Mitgliedern – acht von der Hauptversammlung gewählten Kapitalvertreter:innen und vier entsandten Arbeitnehmervertreter:innen. Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstandes und überwacht deren Tätigkeiten. An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden 41.500,00 Euro an Aufwandsentschädigungen und Aufsichtsratsvergütungen geleistet.

Im Geschäftsjahr 2023 waren als Organe der Gesellschaft tätig:

Vorstand

DI Helmuth Müller (Vorsitzender)
Dr. Thomas Pühringer
DI Thomas Gasser, MBA

Aufsichtsrat

Prof. Dr. Andreas Altmann (Vorsitzender)
Mag. Dr. Erich Entstrasser (Stellvertreter des Vorsitzenden)
DI Johann Herdina (bis 16.1.2023)
DI Alexander Speckle (seit 16.1.2023)
Mag. Hermann Meysel
Mag. David Nagiller, B.Ed.
Mag.^a Sonja Pitscheider
Mag. Markus Stoll
Andreas Wanker

Vom Betriebsrat entsandt:

Christoph Martinier
Markus Paratscher
Daniela Staud
Ing. Michael Tassenbacher

Gesellschaftszweck, Unternehmensgegenstand und Nachhaltigkeit

Die Tätigkeit des Unternehmens hat neben der Gewinnerzielungsabsicht den Bedürfnissen und Interessen der Stadt Innsbruck und ihrer Bewohner:innen zu wirtschaftlich angemessenen und sozial tragbaren Bedingungen zu dienen. Dabei ist dem sparsamen Einsatz von Ressourcen und den Anforderungen des Umweltschutzes im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung Rechnung zu tragen. Im Energiebereich ist besonders auf die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Energiequellen und auf Energieeffizienz zu achten. Gegenstand des Unternehmens ist die Besorgung kommunalwirtschaftlicher Aufgaben aller Art, insbesondere:

- Erzeugung, Verteilung und Vertrieb elektrischer Energie sowie Förderung und Durchführung von Maßnahmen zur Sicherung der Energieeffizienz
- Erzeugung, Anwendung und Verwertung alternativer Energieformen
- Gewinnung, Verteilung und Verwertung von Wasser sowie Förderung und Durchführung von Maßnahmen zur Sicherung der Ressourceneffizienz
- Angelegenheiten der Abwasserwirtschaft
- Angelegenheiten der Abfallwirtschaft
- Betrieb von Verkehrseinrichtungen jeder Art
- Betrieb von Bädern und Freizeitanlagen
- Angelegenheiten der Telekommunikation
- Fernwärme
- Contracting und Energiedienstleistungen

Nachhaltigkeit in der IKB

Für die IKB ist das Thema Nachhaltigkeit ein wesentlicher Schwerpunkt der Unternehmensentwicklung. Nachhaltige Unternehmensentwicklung bedeutet für die IKB, die Bedürfnisse der Bevölkerung in der Region Innsbruck/Tirol ökologisch und sozial verantwortungsbewusst zu erfüllen und gleichzeitig den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens zu stärken. So will die IKB ihren Beitrag dazu leisten, die Lebensqualität im Großraum Innsbruck auch für künftige Generationen zu erhalten. Die Nachhaltigkeitsthemen sind:

Nachhaltige Wirtschaft

- Langfristiger Erhalt qualitativ hochwertiger Infrastruktur
- Förderung der Region (Grundversorgung, Wirtschaftsstandort)
- Kundenzufriedenheit und leistbare Daseinsvorsorge
- Unternehmensethik und Vermeidung von Korruption

Verantwortung gegenüber der Umwelt

- Erneuerbare Energiequellen und innovative, umweltgerechte Energieerzeugung
- Umsetzungspartnerin und Vorreiterin der Dekarbonisierung
- Energieeffizienz
- Effiziente Rohstoffnutzung und Kreislaufwirtschaft
- Naturschutz und Vermeidung von Problemstoffen

Verantwortung gegenüber den Menschen

- Gesundheit und Sicherheit
- Chancengleichheit und Inklusion
- Anpassung an den Klimawandel

Mitgliedschaften

Die IKB ist Mitglied in zahlreichen Verbänden und Initiativen. Hier finden Sie einen Auszug:

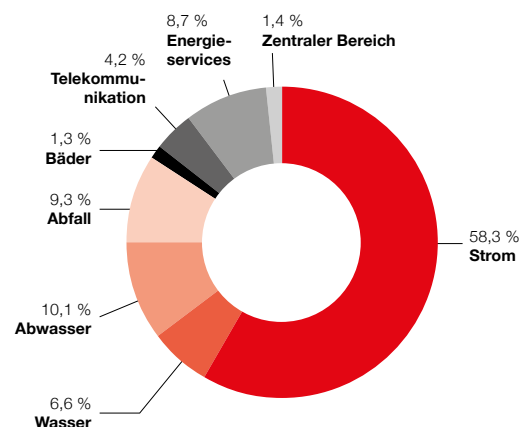
- Energie Tirol
- Erneuerbare Energien
- Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen
- Industriellenvereinigung
- Institut für Unterirdische Infrastruktur gGmbH
- Internet Service Providers Austria
- Klimabündnis Österreich
- Lichttechnische Gesellschaft Österreichs
- Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach
- Österreichisches Nationalkomitee der CIRED
- Österreichische Vereinigung für grabenloses Bauen und Instandhalten von Leitungen
- Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband
- Österreichischer Städtebund
- Österreichs E-Wirtschaft
- Rundfunk & Telekom Regulierungs-GmbH
- Tiroler Abfallwirtschaftsverein
- Tiroler Elektrizitätsbeirat
- Träger- und Förderverein für die Errichtung von Technischen Fachhochschulstudiengängen in Tirol (Förderverein Technik)
- Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs
- Verband kommunaler Unternehmen Österreichs
- Vereinigung öffentlicher Abfallwirtschaftsbetriebe
- Verein für Ökologie und Umweltforschung
- World Energy Council

AUF EINEN BLICK

Wirtschafts- und Nachhaltigkeitskennzahlen der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG

UMSATZENTWICKLUNG IN TEUR	2021	2022	2023	+/-
Strom	95.261	124.550	154.870	+24,3%
Wasser	16.410	17.344	17.585	+1,4%
Abwasser	24.772	25.451	26.842	+5,5%
Abfall	23.483	23.395	24.834	+6,2%
Bäder	1.918	3.186	3.579	+12,3%
Telekommunikation	9.274	10.636	11.249	+5,8%
Energieservices	14.857	17.716	23.159	+30,7%
Zentraler Bereich	3.102	3.206	3.627	+13,1%
SUMME	189.078	225.484	265.745	+17,9%

UMSATZSTRUKTUR IN TEUR	2023	%
Strom	154.870	58,3 %
Wasser	17.585	6,6 %
Abwasser	26.842	10,1 %
Abfall	24.834	9,3 %
Bäder	3.579	1,3 %
Telekommunikation	11.249	4,2 %
Energieservices	23.159	8,7 %
Zentraler Bereich	3.627	1,4 %
SUMME	265.745	100 %



INVESTITIONEN IN TEUR	2021	2022	2023	+/-
Strom	18.921	17.389	23.490	+35,1%
Wasser	5.495	15.258	19.818	+29,9%
Abwasser	9.086	4.451	10.001	+124,7%
Abfall	1.282	137	1.029	+651,1%
Bäder	1.241	998	945	-5,3%
Telekommunikation	4.474	11.619	5.454	-53,1%
Energieservices	2.798	1.295	3.592	+177,4%
Zentraler Bereich	1.402	1.051	1.711	+62,8%
SUMME*	44.699	52.198	66.040	+26,5%

* ohne Berücksichtigung von Investitionen ins Finanzanlagevermögen

BILANZ IN TEUR	2021	2022	2023
Aktiva			
Anlagevermögen	497.421	522.952	538.025
Umlaufvermögen	110.523	118.031	148.611
Aktive Rechnungsabgrenzung	102	129	256
Latente Steuern	0	0	0
SUMME	608.046	641.112	686.892
Passiva			
Grundkapital	10.000	10.000	10.000
Rücklagen	404.147	414.203	425.732
Rückstellungen	93.226	92.907	107.973
Verbindlichkeiten	76.786	105.020	123.893
Passive Rechnungsabgrenzung	1.718	1.626	6.294
Bilanzgewinn	22.169	17.356	13.000
SUMME	608.046	641.112	686.892

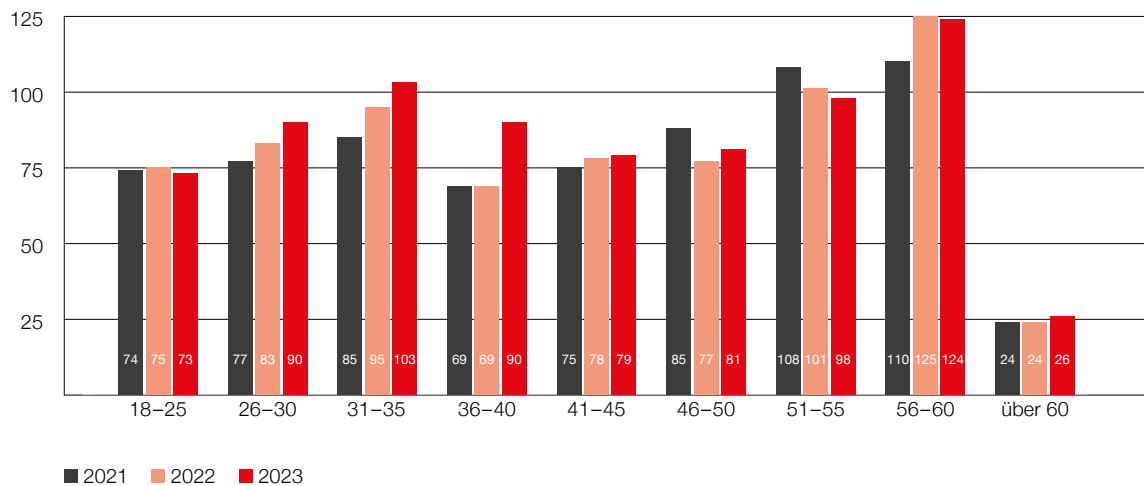
FREMDMITTEL IN TEUR	2021	2022	2023	+/-
Wasserwirtschaftsfondsdarlehen	0	0	0	0,0%
Sonstige	9.825	10.913	11.207	+2,7%
SUMME	9.825	10.913	11.207	+2,7%

CASHFLOW IN TEUR	2021	2022	2023
Ergebnis vor Steuern	31.177	24.395	18.516
Saldo aus nicht finanzwirksamen Aufwendungen und Erträgen	21.978	18.540	21.665
Saldo aus Bestandsveränderungen (Aktiva und Passiva)	2.218	1.811	21.346
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	55.373	44.746	61.527
Cashflow aus Investitionsaktivitäten	-35.097	-42.223	-33.094
Cashflow aus Finanzierungsaktivitäten	-3.663	-4.742	-9.513
Veränderung der flüssigen Mittel	16.613	-2.219	18.920
Anfangsbestand der flüssigen Mittel	45.327	61.940	59.721
Endbestand der flüssigen Mittel	61.940	59.721	78.641

PERSONALAUFWAND IN TEUR	2021	2022	2023
Aktivbezug (IKB + GSB)	50.349	53.774	60.306
Gestellungsentgelt (Faktor Gewinnzuschlag)	2.390	2.227	2.091
Gestellungsentgelt (Faktor Pensions- und Abfertigungszuschlag)	303	277	264
Aufwendungen für Abfertigungen	774	854	1.219
Aufwand für Altersversorgung	766	1.010	574
SUMME	54.582	58.142	64.454

PERSONALSTAND	2021	2022	2023
Beamtinnen und Beamte	6	6	5
Vertragsbedienstete	117	102	87
IKB-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter	584	619	672
Lehrlinge	43	39	41
SUMME	750	766	805

MITARBEITENDE IN ALTERSGRUPPEN (OHNE LEHRLINGE)



DAUER DER DIENSTVERHÄLTNISSE	2021	2022	2023
Durchschnittliche Dauer (in Jahren)	14,21	13,47	12,64

LAGEBERICHT

gemäß § 243 UGB

WIRTSCHAFTLICHES UMFELD

Das wirtschaftliche Umfeld war 2023 insbesondere durch den anhaltenden Krieg in der Ukraine und den Übergang von den ursprünglich exogenen Ursachen der hohen Inflation (Energiekrise, Lieferkettenprobleme) zu zunehmend endogenen Faktoren (Lebensmittel, Mieten, Löhne) sowie den damit verbundenen Verteilungswirkungen und wirtschaftspolitischen Reaktionen (öffentliche Transfers, Zinserhöhungen) geprägt. Neben den negativen Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine erholte sich die Weltwirtschaft weiterhin langsam von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie. Zudem wirkte die strenge Geldpolitik wachstumsbremsend. Die geopolitischen Spannungen, insbesondere im Mittleren Osten, stellten ein weiteres Risiko dar. Hohe Inflationsraten in Kombination mit schlechten wirtschaftlichen Aussichten und einem sich verschärfenden internationalen Wettbewerb trübten die wirtschaftliche Entwicklung. Unter diesen Bedingungen lag laut Internationalem Währungsfonds (IWF) die Inflation für 2023 global bei 6,9 Prozent. Der Wert für Österreich betrug laut dem Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) 7,9 Prozent. Diese hohe Inflation führte zu Realeinkommensverlusten, die den privaten Konsum dämpften.

Im Euro-Raum hat sich die Konsumnachfrage der privaten Haushalte angesichts der ungünstigen Reallohnentwicklung abgeschwächt. Zudem trifft die weltweite Schwäche der Industriekonjunktur vor allem die Industrieregionen Mitteleuropas. Die Inflationsrate im Euro-Raum sank zuletzt dank der Verbilligung von Haushaltsenergie zügig. Mit 2,4 Prozent lag sie im November 2023 nur mehr knapp über dem Zielwert der Europäischen Zentralbank (EZB). Es ist daher davon auszugehen, dass die Leitzinsen auch im Euro-Raum ihren Höchststand erreicht haben. In Österreich verbleibt die Inflation trotz erster rückläufiger Tendenzen nach wie vor auf hohem Niveau. Die Inflation in Österreich lag in den letzten Monaten auch durchgehend über der durchschnittlichen Inflationsrate in der Eurozone. Österreichs Wirtschaftsleistung sank 2023 um 0,8 Prozent – damit befindet sich die österreichische Wirtschaft in einer Rezession. Die durch den Energiepreisschock ausgelöste Teuerung schmälerte die Kaufkraft der privaten Haushalte, weshalb diese ihre Konsumausgaben stark einschränkten. Zuletzt setzte sich der Abschwung in der Bauwirtschaft fort. Der Tiefpunkt der Konjunktur dürfte allerdings mit Jahresende 2023 durchschritten sein. Ab Jahresbeginn 2024 ist wieder mit einer Erholung der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu rechnen, wozu insbesondere das Nachlassen der Teuerung sowie die Realeinkommen beitragen werden, die wegen der an den vergangenen Inflationsraten orientierten Lohnabschlüsse deutlich steigen. Der Arbeitsmarkt ist weiterhin robust, in mehreren Branchen, insbesondere im Handel und in der Bauwirtschaft, zeigte sich jedoch bereits eine deutlich abgeschwächte, teilweise auch negative Beschäftigungsentwicklung. Die Arbeitslosigkeit stieg leicht, was unter anderem auf das höhere Arbeitskräfteangebot zurückzuführen war.

Die militärischen Konflikte zwischen Russland und der Ukraine bzw. im Nahen Osten führten zu strukturellen Veränderungen in der europäischen Energieversorgung mit Primärenergieträgern, die Auswirkungen auf die Preisentwicklung von Strom an den europäischen Großhandelsmärkten hatten. Neben den nach wie vor hohen Bezugspreisen durch den verstärkten Gasbezug aus nicht russischen Quellen erhöhte sich auch die Volatilität der Preise aufgrund der zunehmenden Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Entwicklungen. Höhere Kosten auf der Beschaffungsseite hatten Einfluss auf die Entwicklung des Sektors und die IKB. Die stark gestiegenen Strompreise wurden nicht in vollem Ausmaß und zeitverzögert an die Kund:innen weitergegeben, darüber hinaus führten Diskussionen über eine Änderung des Strommarktdesigns zu staatlichen Eingriffen. Mit diesen schwierigen Rahmenbedingungen steht der Energiesektor weiterhin inmitten einer Transformation des Energiesystems hin zu einer dekarbonisierten Stromerzeugung durch die neuen Erneuerbaren.

Die Preise für Energierohstoffe notieren nunmehr wieder deutlich unter ihren historischen Hochs, aber immer noch über ihren Niveaus von vor zwei Jahren. Die Situation am Energiemarkt hat sich damit etwas entspannt, auch wenn grundsätzliche Probleme bestehen bleiben. Der Ölpreis beruhigte sich 2023 wieder; insbesondere die Konjunkturertrübung und der damit einhergehende Nachfragerückgang setzte die Ölpreise zunehmend unter Druck. Beim Gas führten 2023 Verbrauchsreduktionen und eine gute Versorgung mit LNG zu einem deutlichen Preiserückgang. Der Preis für europäische CO₂-Zertifikate ist in den vergangenen Jahren wieder

gestiegen. Beeinflusst von den stark gefallen Preisen für Gas und Kohle war der Stromgroßhandelsmarkt im Jahr 2023 von einem deutlichen Preiserückgang sowohl am Spotmarkt als auch am Terminmarkt geprägt. Der durchschnittliche Preis am Spotmarkt der europäischen Strombörse EPEX Spot für Grundlaststromlieferungen (Base) im Marktgebiet Österreich lag im Jahr 2023 mit 102 Euro pro Megawattstunde um 61 Prozent unter dem Vorjahr. Am Terminmarkt der European Energy Exchange (EEX) wurde 2023 für das Marktgebiet Österreich Grundlast für 2024 (Frontjahr-Base) im Durchschnitt mit 148 Euro pro Megawattstunde gehandelt.

Über die weitere wirtschaftliche Entwicklung besteht erhöhte Unsicherheit, wobei sich insbesondere aus dem internationalen Umfeld Abwärtsrisiken ergeben. Darunter fällt beispielsweise eine weitere Eskalation des Krieges in der Ukraine. Generell könnten Verschärfungen geopolitischer Konflikte zu Preissprüngen bei Rohstoff- und Energiepreisen führen. Die geopolitischen Risiken haben etwas zugenommen. Vermehrte Angriffe auf Schiffe im Roten Meer lassen immer mehr Frachtunternehmen diese Route meiden und längere Transportwege in Kauf nehmen. Dies belastet die Lieferketten. Ein erneuter kräftiger Anstieg der Transportkosten würde den Rückgang der Inflation bremsen. Hierdurch würden die Realeinkommen der privaten Haushalte abermals belastet und die EZB hinsichtlich der Zinssenkungen zu mehr Zurückhaltung genötigt. Unsicherheit besteht auch hinsichtlich der Erdgaslieferungen Russlands über das Jahr 2024 hinaus. Die Ukraine hat angekündigt, die über ihr Territorium führenden Pipelines im Laufe des Jahres 2024 zu unterbrechen. Nach wie vor stellt Erdgas aus Russland eine wichtige Energiequelle für heimische Unternehmen wie auch private Haushalte dar.

So haben sich die Herausforderungen für die Transformation des europäischen Energiesystems in der zeitlichen und sachlichen Dimension schlagartig vergrößert. Dieser eingeleitete Transformationsprozess der Energiemärkte – zusammengefasst unter den Schlagworten Dekarbonisierung, Dezentralisierung und Digitalisierung – ist weiter im Gange und ergibt in Kombination mit allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, gesetzlichen Vorgaben und nicht zuletzt klimatischen Veränderungen ein äußerst dynamisches und komplexes Umfeld. Dieses energiewirtschaftliche Umfeld bleibt damit für die IKB sowie die gesamte Branche herausfordernd. Die IKB ist aufgrund der Bedeutung des Strom- und Energiegeschäftes im Gesamtportfolio der Unternehmensaktivitäten durch die sich noch verstärkenden Veränderungen in diesen Märkten betroffen.

Die Konjunkturschwäche in der EU trifft vor allem die auf Investitionsgüter spezialisierten Länder Deutschland und Österreich. Die hohen Zinssätze belasten die Investitionsnachfrage ebenso wie die Nachfrage nach Bauleistungen. Die auf die Produktion von Maschinen spezialisierten Volkswirtschaften Deutschland und Österreich leiden besonders unter diesem Nachfragerückgang. Der Tiefpunkt der Konjunktur dürfte jedoch am Jahresende 2023 durchschritten sein. In beiden Ländern, in denen die Unternehmensstimmung derzeit trüb ist, wird die Wirtschaft 2024 abermals schwächer wachsen als im Durchschnitt des Euro-Raums. Um die Jahresmitte 2024 sollte die Wirtschaft sowohl im Euro-Raum als auch in Österreich wieder Fahrt aufnehmen, da die EZB ihre Geldpolitik lockern wird. Für das Gesamtjahr erwartet das WIFO ein weiterhin schwaches Wirtschaftswachstum von nur +0,2 Prozent. Die österreichische Wirtschaft erlebt somit 2024 ein weiteres schwaches Jahr, das Wachstum liegt nur knapp über einer Stagnation.

GESCHÄFTSVERLAUF

Das IKB-Ergebnis für das Geschäftsjahr 2023 ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen. Der Jahresüberschuss ist um -21,4 Prozent auf 19,4 Millionen Euro gesunken. Deutlich negativ auf die Ergebnisentwicklung wirkten sich die Preisentwicklungen am Strommarkt aus – mit nach wie vor hohen Bezugspreisen aufgrund einer vorausschauenden strukturierten Beschaffung. Die stark gestiegenen Strompreise und damit höhere Kosten auf der Beschaffungsseite wurden nicht in vollem Ausmaß und nur zeitverzögert an die Kund:innen weitergegeben. Negativ auf die Ergebnisentwicklung wirkte sich auch die Dotierung einer Rückstellung für drohende Zahlungen aus vergangenen, möglicherweise nicht rechtmäßig durchgeführten Preiserhöhungen im Stromvertrieb in Höhe von 16,5 Millionen Euro aus. Die IKB-Stromeigenerzeugung war hingegen aufgrund der außergewöhnlich guten Wasserführung in den letzten Monaten des Jahres 2023 überdurchschnittlich und lag damit um +18,6 Prozent über dem (sehr niedrigen) Vorjahreswert. Positive Einmal Effekte resultierten darüber hinaus aus der Auflösung einer Deponierückstellung in Höhe von 1,4 Millionen Euro wegen kostengünstiger erfolgter Nachsorge sowie mit 3,6 Millionen Euro aus dem ergebniswirksamen Ertrag aus der Veräußerung der Geschäftsanteile an der TIGAS-Wärme Tirol GmbH (TIGAS). Insgesamt betrachtet war auch das Jahr 2023 von einem Anstieg der Strombezugskosten und damit einhergehend mit einer gesteigerten Betriebsleistung infolge höherer Umsatzerlöse gekennzeichnet.

Im Strombereich führten höhere Erlöse sowohl im Netz- als auch im Energiebereich zu gegenüber 2022 insgesamt um +30,3 Millionen Euro bzw. +24,3 Prozent gestiegenen Umsatzerlösen. Die Stromeigenerzeugung lag 2023 mit einer Erzeugungsmenge von 331,9 Gigawattstunden um +18,6 Prozent über dem Vorjahreswert. Die Abgabemenge aus dem Stromnetz an Netzkund:innen im Verteilnetz der IKB ist im Jahr 2023 um +2,1 Gigawattstunden bzw. +0,3 Prozent auf 776,8 Gigawattstunden gestiegen. Die Abgabemenge aus dem Energiegeschäft lag mit einem Mengenrückgang von -21,8 Gigawattstunden bzw. -3,7 Prozent unter dem Vorjahr.

Mit rund 8,5 Millionen Kubikmetern ist der verrechnete Wasserverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um -1,2 Prozent gesunken. Die zur Verrechnung gelangende Abwassermenge von rund 8,2 Millionen Kubikmetern entwickelte sich mit -0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr ebenfalls rückläufig.

In der Abfalldéponie Ahrental wurden mit 40.702 Tonnen von der IKB und der Abfallwirtschaft Tirol-Mitte GmbH gegenüber dem Vorjahr um +3,5 Prozent mehr déponiert. Diese Entwicklung ist unter anderem durch gestiegene Einlieferungen von Baurestmassen bedingt. Weiters wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 31.021 Tonnen und damit gegenüber dem Vorjahr um +0,8 Prozent mehr Abfälle aus dem Entsorgungsbereich der Stadt Innsbruck dem Recyclingzentrum Ahrental zur Sortierung und Behandlung angeliefert. Bei den gesammelten Abfallmengen (Restmüll und Bioabfall) von 32.602 Tonnen war mit +0,6 Prozent auch ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Bei den Bäder- und Saunabetrieben sind die Besucherzahlen von 808.302 im Vorjahr um rund +12,5 Prozent auf 909.707 im Jahr 2023 angestiegen. Dieses Rekordergebnis ist neben der gestiegenen Attraktivität der Bäderstandorte auf die sehr gute Witterung in der Sommersaison zurückzuführen.

Im Geschäftsbereich Telekommunikation war gegenüber dem Vorjahr aufgrund von Zugewinnen über alle Kundensegmente wiederum eine beträchtliche Umsatzsteigerung um +5,8 Prozent zu verzeichnen. Insgesamt konnten die aktiven Kundenanlagen von 16.776 Anlagen im Vorjahr auf 17.892 Anlagen im Jahr 2023 um +6,7 Prozent gesteigert werden.

Im Geschäftsbereich Energieservices sind die Umsätze gegenüber dem Vorjahr um +30,7 Prozent angestiegen, was vor allem auf die Erlöse aus dem Energieverkauf zurückzuführen ist. Dieser positive Geschäftsverlauf ist zu einem Großteil den historischen Verwerfungen auf den Energiemärkten und den damit zusammenhängenden markant gestiegenen Preisen für Energie- und Wärmelieferungen und damit dem Vorlieferantenpreis für Erdgas und Fernwärme zuzuschreiben.

ERTRAGSLAGE

Gegenüber dem Vorjahr sind die Umsatzerlöse der IKB insgesamt betrachtet um 40,3 Millionen Euro auf 265,7 Millionen Euro bzw. um +17,9 Prozent angestiegen.

Die Umsatzerlöse aus dem Bereich der Stromversorgung (Erzeugung, Netz, Vertrieb) sind dabei um 30,3 Millionen Euro auf 154,9 Millionen Euro gestiegen. Grund für diesen Anstieg waren vor allem Umsatzzuwächse im Energiegeschäft wegen gestiegener Marktpreise sowie teilweise weiter verrechenbarer Kosten der Marktgebietstrennung Deutschland/Österreich. Im Stromnetz war ebenfalls sowohl im regulierten Netz- als auch im Projektgeschäft ein Anstieg zu verzeichnen.

Im Vergleich zum Vorjahr sind 2023 die Umsätze im Abwasserbereich um 1,4 Millionen Euro auf 26,8 Millionen Euro und im Wasserbereich um 0,2 Millionen Euro auf 17,6 Millionen Euro gestiegen. Diese Entwicklung ist neben den durchgeführten Tarifierpassungen auf den gegenläufig zu verzeichnenden Mengenrückgang zurückzuführen.

Im Abfallbereich wurden die Umsatzerlöse mit 24,8 Millionen Euro gegenüber 2023 um 1,4 Millionen Euro bzw. einen Anstieg von +6,2 Prozent gesteigert. Dabei sind die Erlöse aus der Abfallentsorgung gegenüber dem Vorjahr um +8,0 Prozent gestiegen. Ein Erlösanstieg von +4,8 Prozent war auch im Recycling und in der Abfallsammlung zu verzeichnen.

Die Umsätze in der Telekommunikation konnten gegenüber dem Vorjahr mit 11,2 Millionen Euro um 0,6 Millionen Euro über alle Absatzsegmente gesteigert werden.

Bei den Umsatzerlösen aus Energieservices in Höhe von 23,2 Millionen Euro war ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 5,4 Millionen Euro – vor allem aus dem Energie- und Fernwärmeverkauf – zu verzeichnen.

Bei den Bäder- und Saunabetrieben resultierten die gestiegenen Besucherzahlen in einem Umsatzzuwachs im Vergleich zum Vorjahr von 0,4 Millionen Euro auf 3,6 Millionen Euro.

Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 1,4 Millionen Euro (Vorjahr: 2,0 Millionen Euro) resultieren aus einer Auflösung der Deponierückstellung Ahrental aufgrund kostengünstiger erfolgter Nachsorge im Zusammenhang mit der Schließung des Deponieabschnittes 2.

In den übrigen Erträgen, die im Jahr 2023 gegenüber 2022 um 0,4 Millionen Euro auf 4,2 Millionen Euro gestiegen sind, haben insbesondere höhere Erträge aus Förderungen zu dieser positiven Entwicklung beigetragen.

Im Materialaufwand zeigt sich eine Steigerung um 13,7 Millionen Euro auf 93,4 Millionen Euro. Diese Entwicklung ist primär auf massiv gestiegene Kosten im Energiebezug als Ausfluss der allgemeinen Marktpreisentwicklungen zurückzuführen. Der übrige Materialaufwand ist um 3,7 Millionen Euro gestiegen – vergleichsweise war diese Steigerung jedoch von sekundärer Bedeutung.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen lagen mit 12,9 Millionen Euro um 1,2 Millionen Euro über dem Vorjahreswert – vor allem durch den Geschäftsverlauf im Projektgeschäft bedingt.

Im Personalaufwand für eigene Mitarbeiter:innen der IKB ist ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 6,9 Millionen Euro auf 53,7 Millionen Euro zu verzeichnen. Der in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesene Personalgestellungsaufwand für der IKB zur Dienstleistung zugewiesene städtische Bedienstete ist gleichzeitig mit 10,7 Millionen Euro um 0,6 Millionen Euro zurückgegangen. Der durchschnittliche Personalstand belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 786 Personen (Vorjahr: 760), davon 647 eigene Mitarbeiter:innen der IKB (Vorjahr: 605), 100 von der Stadt Innsbruck zugewiesene Bedienstete (Vorjahr: 115) und 39 Lehrlinge (Vorjahr: 40).

Im Bereich der Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen war gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um rund 1,4 Millionen Euro auf 33,3 Millionen Euro zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist durch die laufende hohe Investitionstätigkeit begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 68,0 Millionen Euro sind gegenüber dem Vorjahr um 21,7 Millionen Euro gestiegen. Neben gestiegenen Instandhaltungsaufwendungen und einem Anstieg der vom Umsatz abhängigen Gebrauchsabgabe sowie diversen sonstigen Kostensteigerungen wirkte sich hier vor allem die Dotierung einer Rückstellung für drohende Zahlungen aus vergangenen möglicherweise nicht rechtmäßig durchgeführten Preiserhöhungen im Stromvertrieb dementsprechend aus.

Der Betriebserfolg für das Geschäftsjahr 2023 beläuft sich damit auf 18,0 Millionen Euro gegenüber 26,4 Millionen Euro im Vorjahr.

Das positive Finanzergebnis beträgt 0,5 Millionen Euro und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr um rund +2,5 Millionen Euro verbessert.

Die Erträge aus Beteiligungen in Höhe von 1,0 Millionen Euro sind gegenüber 2022 um 0,4 Millionen Euro höher ausgefallen. Bei den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen war auch aufgrund von Zinseffekten aus Rückstellungen ein Anstieg um 1,1 Millionen Euro zu verzeichnen.

Die Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen von 3,6 Millionen Euro betreffen in erster Linie den ertragswirksamen Effekt aus einer Veräußerung der bis dahin seitens der IKB gehaltenen Geschäftsanteile an der TIGAS.

Die Aufwendungen aus Finanzanlagen aus verbundenen Unternehmen beinhalten den Jahresverlust der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH, welcher im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages von der IKB zu übernehmen ist. Dieser ist gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Millionen Euro auf 4,0 Millionen Euro angestiegen.

Das Ergebnis vor Steuern liegt daher insgesamt mit 18,5 Millionen Euro um 5,9 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert.

Die mit 0,9 Millionen Euro positiven Ertragsteuern resultieren aus der Ergebnisentwicklung der maßgeblichen Gruppenmitglieder in der steuerlichen Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG. Das steuerliche Gruppenergebnis der IKB war im Jahr 2023 negativ, es resultierten daraus lediglich Mindestkörperschaftsteuern. In Summe gesehen haben positive Steuerumlagen von Gruppenmitgliedern diese positiven Ertragsteuern im Geschäftsjahr 2023 bewirkt.

Nach Steuern beträgt der Jahresüberschuss im abgelaufenen Geschäftsjahr 19,4 Millionen Euro gegenüber 24,6 Millionen Euro im Vorjahr.

Unter Berücksichtigung der Rücklagenbewegungen und der im Jahr 2023 ausgeschütteten Dividenden in Höhe von 17,4 Millionen Euro beläuft sich der Bilanzgewinn per 31. Dezember 2023 auf 13,0 Millionen Euro gegenüber 17,4 Millionen Euro im Vorjahr.

Kennzahlen zur Ertragslage	2022	2023
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)	25,3 Mio. Euro	20,0 Mio. Euro
Ergebnis vor Steuern + Zinsen		
Umsatzrentabilität	11,2 %	7,5 %
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT/Umsatzerlöse)		
Eigenkapitalrentabilität	6,2 %	4,7 %
Ergebnis vor Steuern/durchschnittliches Eigenkapital		
Gesamtkapitalrentabilität	4,1 %	3,0 %
EBIT/durchschnittliches Gesamtkapital		

INVESTITIONEN UND FINANZIERUNG

Das Volumen der getätigten Investitionen in das Anlagevermögen hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 66,6 Millionen Euro. Davon entfielen 0,8 Millionen Euro auf immaterielles Anlagevermögen, 65,2 Millionen Euro auf Sachanlagen und 0,6 Millionen Euro auf Finanzanlagen. Die Investitionen in Sachanlagen betrafen vor allem folgende gesondert nennenswerte Großprojekte: Teilneubau des Trinkwasserstollens Mühlau (Wasserversorgung), Errichtung des Einleitungskanals Stubai (Abwasserentsorgung), Umsetzung der Smart-Meter-Umstellung und Errichtung des Umspannwerks Ost (Stromnetz), Errichtung des Rechenzentrums Mühlau (Telekommunikation) und Errichtung von Grundwassernutzungsanlagen (Energieservices) sowie diverse Leitungsverlegungen.

Das Umlaufvermögen ist gegenüber dem Vorjahr insgesamt um rund 30,6 Millionen Euro angestiegen. Die Vorräte haben sich in Summe um 0,3 Millionen Euro leicht verringert. Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen war hingegen ein Anstieg um rund 12,0 Millionen Euro zu verzeichnen. Davon entfielen 8,0 Millionen Euro auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und 2,8 Millionen Euro auf Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sowie 1,4 Millionen Euro auf sonstige Forderungen. Unter Berücksichtigung des Cashflows aus dem laufenden Ergebnis, aus Investitionsaktivitäten sowie aus den Finanzierungstätigkeiten (inklusive Ausschüttungen) haben sich die Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 78,6 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr um 18,9 Millionen Euro erhöht. In den Bankguthaben enthalten sind 32,1 Millionen Euro aus dem saldierten Stand des konzernweiten Cash-Poolings.

Die Bilanzsumme der IKB beträgt 686,9 Millionen Euro gegenüber 641,1 Millionen Euro im Vorjahr. Das Eigenkapital erreicht mit 395,4 Millionen Euro einen Anteil von 57,6 Prozent am Gesamtkapital.

Die Rückstellungen belaufen sich zum 31. Dezember 2023 auf 57,4 Millionen Euro gegenüber 42,5 Millionen Euro im Vorjahr. Der wesentliche Teil davon entfällt auf die sonstigen Rückstellungen, welche von 33,6 Millionen Euro im Vorjahr um 14,6 Millionen Euro auf 48,2 Millionen Euro angestiegen sind. Hier wurde im Jahresabschluss 2023 für drohende Rückzahlungen aus vergangenen möglicherweise nicht rechtmäßig durchgeführten Preiserhöhungen im Stromvertrieb eine Rückstellung in Höhe von 16,5 Millionen Euro gebildet. Gegenläufig waren in Summe betrachtet positive Effekte aus der Verwendung bzw. Auflösung der Rückstellung für Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen auf der Deponie Ahrental. Bei den Rückstellungen für Abfertigungen war ein moderater Anstieg zu verzeichnen. Der durchschnittliche Rechnungszinssatz für die Abzinsung dieser langfristigen Rückstellungen wurde entsprechend der jeweiligen Restlaufzeiten der allgemeinen Zinsentwicklung folgend erhöht. Die Steuerrückstellungen sind angesichts der aktuellen Steuersituation in der Steuergruppe der IKB im Vergleich zum Vorjahr noch leicht zurückgegangen.

Die Verbindlichkeiten sind mit Ende des Geschäftsjahrs 2023 im Vergleich zum Vorjahr in Summe um 18,9 Millionen Euro angestiegen. Den wesentlichen Anteil daran haben die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, die sich um 8,7 Millionen Euro auf 48,8 Millionen Euro erhöht haben, und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die um 7,4 Millionen Euro gestiegen sind. Die erhaltenen Anzahlungen sind um 4,5 Millionen Euro zurückgegangen, was auf eine im Vorjahr erhaltene Vorauszahlung und die Inbetriebnahme des Rechenzentrums Mühlau zurückzuführen ist.

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft bei Kreditinstituten belaufen sich zum 31. Dezember 2023 auf 11,2 Millionen Euro gegenüber 10,9 Millionen Euro zum 31. Dezember 2022. Dieser Schuldenstand entfällt auf langfristige Darlehen bei Kreditinstituten.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergab im Geschäftsjahr 2023 einen Zufluss von 61,5 Millionen Euro. Der Cashflow aus Investitionsaktivitäten belief sich im Jahr 2023 auf -33,1 Millionen Euro und der Cashflow aus Finanzierungsaktivitäten auf -9,5 Millionen Euro.

In Summe erhöhte sich damit der Finanzmittelbestand zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 gegenüber dem Vorjahr um 18,9 Millionen Euro.

Vermögens- und Finanzlage	2022	2023
Anlagenintensität Anlagevermögen/Gesamtvermögen	81,6 %	78,3 %
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Gesamtkapital	61,3 %	57,6 %
Verschuldungskoeffizient Fremdkapital/Eigenkapital	63,1 %	73,7 %

RISIKOBERICHT UND FINANZINSTRUMENTE

Die IKB ist aufgrund ihrer vielfältigen Geschäftsbereiche unterschiedlichen operativen und strategischen Risiken ausgesetzt. Risikomanagement wird in der IKB gleichzeitig auch als Chancenmanagement gesehen. Oberstes Ziel des Risiko- und Chancenmanagements der IKB ist das Sichern bestehender und das Erschließen zukünftiger Ertragspotenziale. Wobei es nicht nur darum geht, Risiken zu vermeiden, sondern diese auch bewusst und im Einklang mit der Unternehmensstrategie und den Unternehmenszielen einzugehen, um unternehmerische Entwicklungsmöglichkeiten wahrzunehmen und gleichzeitig die damit einhergehenden Risiken zu managen.

Die IKB betreibt ein unternehmensweites Risikomanagementsystem. Dieses wird beständig weiterentwickelt und, soweit erforderlich, wird der Risikokatalog laufend aktualisiert. Die Rahmenbedingungen des IKB-Risikomanagements sowie der operative Ablauf der Risikomanagementaktivitäten wurde im Geschäftsjahr 2023 unverändert nach ÖNORM ISO 31000:2018 fortgeführt. Die unternehmensweit identifizierten Risiken werden in Risikolandkarten dokumentiert und den verantwortlichen Risikoeignern zugewiesen. Die unmittelbare Verantwortung liegt bei der Leitung der jeweiligen Unternehmenseinheiten. Ziel ist eine aktive, frühzeitige Identifizierung, Bewertung, begleitende Überwachung und angemessene Bewältigung der wesentlichen sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirkenden realen, latenten und potenziellen Risiken.

Das Risikoprofil der IKB ist neben den branchenüblichen Risiken und Ungewissheiten vor allem durch rechtliche, regulatorische und politische Herausforderungen und Veränderungen im Wettbewerbsumfeld geprägt. Diese betreffen die mittelfristige Entwicklung des Gesamtunternehmens und werden mit einem strukturierten Strategieprozess und den daraus abgeleiteten Geschäftsfeldstrategien gesteuert. In einem jährlich wiederkehrenden Strategieprozess werden die Ausrichtung des Unternehmens und der einzelnen Geschäftsbereiche überprüft sowie Anpassungen und Neuausrichtungen vorgenommen. Strategische Vorgaben fließen in die operative Planung und Steuerung ein.

Das Risikoumfeld der IKB ist aktuell von signifikanten Unsicherheiten, Unwägbarkeiten und in ihren Konsequenzen schwer abschätzbaren Veränderungstrends geprägt. Die konjunkturellen Auswirkungen der COVID-19-Krise wirken nach, der Krieg in der Ukraine führt zu massiven Verwerfungen auf den Energiemärkten, und die unsichere wirtschaftliche Entwicklung wird in den nächsten Jahren andauern. Innerhalb der schwer prognostizierbaren globalen Entwicklungen stellt die europäische bzw. österreichische politische Ausrichtung hinsichtlich einer langfristigen Klima-, Dekarbonisierungs- und Energiepolitik den Rahmen für die Unternehmensstrategie dar. Die IKB verfolgt weiterhin den Ausbau erneuerbarer Energien im Rahmen von sinnvoll ausgestatteten Förderregimen sowie eine angemessene Verzinsung der Netzanlagen im regulierten Bereich. Ein Verlust der Planungssicherheit würde Elektrizitätsversorgungsunternehmen zur Anpassung der Geschäftsmodelle zwingen und stellt das Unternehmen mittelfristig vor neue Herausforderungen.

Das Geschäftsjahr 2023 war von öffentlichen und politischen Diskussionen über die Höhe der Strompreise geprägt. Diese Situation brachte erhöhtes politisches Interesse sowie staatliche Eingriffe in den liberalisierten Markt mit sich. Ergebnis dieser Diskussionen ist vordergründig ein erheblicher Verlust des guten Rufes der gesamten Branche, anhaltende Unsicherheit über die Durchsetzbarkeit von Preisen aufgrund anhängiger Klagen sowie die Verunsicherung der Kund:innen.

Gleichzeitig sind die gesamtwirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Risiken (Preissteigerungen, Zahlungsausfälle bei Kund:innen, Markteingriffe und Methoden der staatlichen Ergebnisabschöpfung) gestiegen. Die mittel- und längerfristigen Auswirkungen der Energiekrise auf die wirtschaftliche Situation der Kund:innen der IKB und daraus resultierende Konsequenzen für die IKB sind derzeit schwer einschätzbar, haben jedoch auch Einfluss auf die künftige Ergebnisentwicklung der IKB.

Operationale Risiken, Geschäftsrisiken und Ereignisrisiken werden unternehmensweit erfasst, bewertet und es werden – soweit erforderlich – Gegenmaßnahmen festgelegt. Im Allgemeinen begegnet die IKB betrieblichen Risiken mit systematischen Schulungs- und Qualifikationsprogrammen, mit einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Technologien sowie einer regelmäßigen Wartung der Anlagen und Netze. Darüber hinaus sind versicherbare Risiken in einem wirtschaftlich sinnvollen Umfang durch entsprechende Versicherungsverträge abgedeckt.

In Bezug auf die Energiebeschaffung stellen Mehr- oder Minderverbräuche im Gesamtportfolio oder bei einzelnen Großkund:innen sowie der kurzfristige Zukauf von Ökostrom über dem Marktpreis Risiken dar. Erlösseitig ergeben sich Risiken unter anderem durch die Einflussfaktoren Witterung, Ausfälle von Kundenzahlungen und Kundenverlust durch Lieferantenwechsel. Durch zeitnahes Monitoring der Außenstände, straffes Mahn- und Inkassowesen, Eingehen vorteilhafter Beschaffungsstrategien sowie gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsposition oder die Einführung neuer Produkte werden diese Risiken reduziert.

Die IKB setzt Finanzanlagen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Guthaben bei Kreditinstituten, Finanzverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen als originäre Finanzinstrumente ein.

Seinerzeit hat die IKB Cross-Border-Leasing-(CBL)-Transaktionen abgeschlossen. Diese CBL-Transaktionen wurden vorzeitig beendet, und damit verbunden gewesene (Rest-)Risiken sind weggefallen. In diesem Zusammenhang wurden nicht sofort auflösbare Teile (sogenannte „Serie-B“), bestehend aus Krediten bei österreichischen Banken, sowie die zur Rückführung und Finanzierung dieser Kredite eingerichteten Depots auf die IKB übertragen. Die jeweiligen Depots tilgen die Kredite nun direkt im Namen der IKB. Die in die Bilanz aufgenommenen Werte für diese Finanzierungen und spiegelgleiche Depots notieren in US-Dollar. Es verbleibt das vergleichsweise überschaubare Bonitätsrisiko der beiden europäischen Depotbanken.

Mit der kontinuierlichen Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken im Management des Energieportfolios beschäftigt sich ein Strategiekomitee bzw. im Finanzbereich ein Beirat mit der systematischen Bearbeitung dieser spezifischen Unternehmensrisiken.

Das bei der IKB eingerichtete Risikomanagementsystem beschäftigt sich mit potenziell bestandsgefährdenden Risiken auf Ebene des Gesamtunternehmens und ist folglich stark auf die Zukunft ausgerichtet. Im Rahmen des Risikomanagements kommt dem internen prozessbezogenen Kontrollsystem (IKS) der IKB eine besondere Rolle zu. Dieses IKS der IKB ist in die Kernprozesse und Arbeitsabläufe des Unternehmens integriert, dadurch sollen Fehler verhindert bzw. zeitgerecht aufgedeckt und korrigiert werden. Damit wird sichergestellt, dass relevante Geschäftsprozesse und deren wesentliche Risiken erfasst sind und Risiken durch entsprechende Kontrollen minimiert werden.

Die interne Revision prüft die Abwicklung der Geschäftsprozesse sowie das IKS. Die einzelnen Prüfungen erfolgen auf Basis des vom Vorstand verabschiedeten Revisionsprogramms und werden um Sonderprüfungen ergänzt. Die Revisionsberichte umfassen Empfehlungen und Maßnahmen, eine periodische Nachverfolgung stellt die Umsetzung vorgeschlagener Verbesserungen sicher. Im Risikomanagementsystem der IKB wurden im Berichtszeitraum keine wesentlichen Risiken und Ungewissheiten identifiziert, die für die folgenden Geschäftsjahre isoliert oder in Wechselwirkung mit anderen Risiken bestandsgefährdende Auswirkungen für die IKB haben. Zur Abwendung von gegenwärtigen Risikoszenarien wurden ausreichend Vorkehrungen getroffen.

NACHHALTIGKEIT: UMWELT – PERSONAL

Die nachhaltige Entwicklung des Unternehmens ist seit jeher ein klarer Auftrag der Eigentümerinnen an die IKB. Eine ausgewogene Berücksichtigung ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte prägt seit Jahren das Handeln der IKB und ist in der Satzung des Unternehmens verankert. Als das Ver- und Entsorgungsunternehmen Innsbrucks zeichnet sich die IKB für eine langfristige Sicherung der Daseinsvorsorge verantwortlich. Die Erfüllung dieser Aufgabe setzt langfristig orientiertes Planen und Handeln voraus.

Um die hohe Umwelt- und Lebensqualität in der IKB-Region aufrechtzuerhalten, wird laufend in innovative und moderne Infrastruktur investiert. Dabei wird dem sparsamen Einsatz von Ressourcen und den Anforderungen des Umweltschutzes im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung entsprechend Rechnung getragen.

Nachhaltigkeit ist damit in der Unternehmensstrategie verankert und wird nach innen und nach außen gelebt. Für die IKB ist das Thema Nachhaltigkeit ein wesentlicher Schwerpunkt der Unternehmensentwicklung. Nachhaltige Unternehmensentwicklung bedeutet für die IKB, die Bedürfnisse der Bevölkerung in der Region Innsbruck/Tirol ökologisch und sozial verantwortungsbewusst zu erfüllen und gleichzeitig den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens zu sichern. So leistet die IKB ihren Beitrag, die Lebensqualität im Großraum Innsbruck auch für künftige Generationen zu erhalten.

Die soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit hat in der IKB einen wichtigen Stellenwert. Ein eigenes Nachhaltigkeitsmanagement ist dafür verantwortlich, nachhaltige Themen in der IKB zu verankern und voranzutreiben. Die wesentlichen Themen der nachhaltigen Entwicklung wurden in einer weitreichenden Befragung ermittelt, um darauf aufbauend Ziele und Maßnahmen zu setzen, die im Nachhaltigkeitsprogramm verankert wurden. Dieses wird laufend evaluiert und erweitert. Der unternehmensweite Corporate Carbon Footprint ermöglicht es, den CO₂-Ausstoß zu beobachten, um die langfristigen Ziele zu erreichen.

Die IKB hat folgende vier Topthemen als Nachhaltigkeitsschwerpunkte mittels Durchführung einer Wesentlichkeitsanalyse ermittelt und festgelegt: „Klimaschutz: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“, „Langfristiger Erhalt der Infrastruktur und der Versorgungssicherheit“, „Naturschutz und Anpassung an die Klimakrise“ sowie „Ressourcen und Kreislaufwirtschaft“.

Die IKB bekennt sich klar zum Klimaschutz. Daher erzeugt sie ihren Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen und will ihre Bäder, die Kläranlage, die Abfallwirtschaft und weitere Anlagen bis 2030 weitgehend klimaneutral betreiben. Innovative Lösungen ermöglichen auch bei Kundenanlagen, CO₂ einzusparen. So tragen alle Geschäfts- und Servicebereiche zum Klimaschutz bei.

Um den hohen Versorgungsstandard zu sichern, werden Wasserleitungen, Kanäle, Internet- und Stromkabel sowie Kraftwerke und Anlagen in gutem Zustand gehalten und sukzessive ausgebaut. Die nötigen Investitionen werden nicht hintangehalten, um kurzfristig Gewinn zu maximieren. Wichtig ist auch, die Strom- und Wasserversorgung in Notfällen aufrechtzuerhalten.

Die Klimakrise und ihre Auswirkungen auf die Natur sind bereits spürbar und werden in Zukunft besonders den Alpenraum massiv treffen. Die IKB passt ihre Strategien an diese Veränderungen in der Natur an. Darüber hinaus ist aktiver Naturschutz ein zentrales Thema.

Die IKB ist eine entscheidende Partnerin, um die Entwicklung der Kreislaufwirtschaft in Innsbruck zu fördern. Zwei Kreisläufe gilt es zu schließen: Durch Recycling und Wiederverwertung sollen Materialien mehrfach genutzt werden. Darüber hinaus müssen Materialströme in Kreisläufe der Natur eingebettet werden, und es gilt, Material generell einzusparen, um diese Kreisläufe zu entlasten.

Die Top-Nachhaltigkeitsthemen wurden ausgehend von der aktuellen Nachhaltigkeitsstrategie mit entsprechenden Nachhaltigkeitszielen und konkreten Maßnahmen unterlegt. Auch im Jahr 2023 wurde das Nachhaltigkeitsmaßnahmenprogramm konsequent umgesetzt, und es wird darüber unter Bezugnahme auf die Standards der Global Reporting Initiative (GRI) berichtet. Während die ökonomischen Aspekte in anderen Teilen des Lageberichtes umfassend dargelegt werden, ist das Nachhaltigkeitsprogramm der IKB samt Maßnahmen im Detail dem aktuellen Nachhaltigkeitsbericht zu entnehmen. Dieser Bericht orientiert sich neben den Standards der GRI auch an den von den Vereinten Nationen verabschiedeten „Sustainable Development Goals“, die eine nachhaltige Entwicklung auf globaler Ebene anstreben.

Zur Stärkung des Nachhaltigkeitsmanagements innerhalb der IKB wurde ein Nachhaltigkeitsbeirat gegründet. Dieser ist nicht weisungsgebunden und übernimmt eine beratende Funktion für den Vorstand. Die Hauptaufgaben des Beirats sind, die Nachhaltigkeitsaktivitäten der IKB zu bewerten und neue Ideen sowie konkrete Empfehlungen einzubringen. Dazu finden seit Februar 2023 regelmäßige Sitzungen statt.

Um auch die Anforderungen an die zukünftig verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Corporate Sustainability Reporting Directive – CSRD) und die EU-Klimataxonomie zu erfüllen, wurde mit dem Projekt „KonKlima“ („Konzern nachhaltig und klimafit“) eine umfassende konzernweite Initiative gestartet.

Die IKB hat sich seit ihrer Gründung über mehrere Entwicklungsphasen von einem monopolorientierten Stadtwerk für Innsbruck zu einem breit aufgestellten (diversifizierten) Infrastrukturdienstleistungsunternehmen mit hoher Ertragskraft entwickelt, das zunehmend seine Geschäftsaktivitäten auch am freien Markt in ganz Tirol unternimmt.

Die IKB-Vision lautet: „Wir wollen die führende Anbieterin von (kommunalen) Energie- und Infrastrukturlösungen aus einer Hand und das kundenfreundlichste Unternehmen in Tirol werden. Wir verbinden Ökologie und Ökonomie. So schaffen wir Lebensqualität und sichern den Wirtschaftsstandort für die nächsten Generationen.“

Die aus der Vision abgeleiteten strategischen Ziele für die IKB lassen sich in folgende fünf Zielfelder einteilen: Kundinnen und Kunden, Ver- und Entsorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Innovation, Eigentümerinnen und Wertschöpfung sowie Team. Zu diesen Kategorien/Perspektiven wurden konkrete Ziele und Maßnahmen entwickelt und in der IKB-Dachstrategie verankert. Alle Geschäftsbereiche leisten zu diesen Schwerpunktthemen ihre Beiträge.

Um diese Vision zu realisieren, wird die Unternehmensstrategie laufend überprüft und gegebenenfalls an geänderte Rahmenbedingungen angepasst. Im Rahmen dieses Strategiereviews 2023 wurde die schlüssige und durchgängige Verbindung von den strategischen Zielen der Dachstrategie zu den strategischen Zielen und Schwerpunkten der Bereichsstrategien konsequent fortgeführt.

Die Dachstrategie wurde geringfügig adaptiert: Der Themenbereich „Werte“ wurde mit den Inhalten aus dem laufenden Werteprozess aktualisiert. Im strategischen Zielfeld „Nachhaltigkeit und Innovation“ wurde das ursprüngliche Ziel „bis 2030 als Unternehmen klimaneutral sein“ ersetzt durch „bis 2030 die direkt

beeinflussbaren Treibhausgasemissionen stark reduzieren“. Die zwecks besserer Steuerbarkeit im Rahmen der Strategieimplementierung entwickelten Portfolios der Initiativen wurden aktualisiert und auch der unterjährige Monitoringprozess wurde weiterentwickelt. Neu ist der Aufbau eines unternehmensweiten Projektportfolios auf Basis einer dazu in Kraft gesetzten Projektmanagementrichtlinie.

Die im Rahmen des unternehmensweiten Nachhaltigkeitsmanagement-Prozesses entwickelte Dekarbonisierungsstrategie wurde mittlerweile in den Bereichsstrategien abgebildet. Zur Erfüllung der Anforderungen aus der CSRD und der EU-Taxonomie wurde das konzernweit aufgesetzte Projekt „KonKlima“ gestartet. Die strategisch sehr wichtige Digitalisierungs-Roadmap wurde als Grundlage für eine schrittweise priorisierte Umsetzung der „Digitalisierungs-Roadmap“ vom Geschäftsbereich Informationstechnologie weiter präzisiert und aktualisiert. Diese dient als Grundlage für eine schrittweise und priorisierte Umsetzung der zahlreichen Digitalisierungsvorhaben.

Digitale Transformation, demografische Rahmenbedingungen, Klimawandel und gesellschaftliche und globale Veränderungen wie Pandemie, Krieg in Europa und die damit verbundenen intensiven Dynamiken in der Energiewirtschaft beeinflussen Arbeits- und Berufsleben und die Personalpolitik grundlegend. In Zeiten dieser massiven Umbrüche erfordert es eine flexible, aber auch langfristige Strategie in der Personalpolitik als regionaler Leitbetrieb und als attraktive Arbeitgeberin.

Die Mitarbeiter:innen der IKB sind der zentrale Erfolgsfaktor und bilden die Grundlage für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Ihr Engagement und ihr unternehmerisches Handeln ermöglichen eine laufende Weiterentwicklung und die Umsetzung der IKB-Strategie. Im Bewusstsein um ihre große strategische Bedeutung positioniert sich die IKB ihnen gegenüber als verantwortungsvolle, faire und attraktive Arbeitgeberin. Förderung von Diversität und Chancengleichheit, das Forcieren von Aus- und Weiterbildung und ein vielseitiges und lukratives Angebot an Aufgaben in einer modernen Arbeitswelt stehen für den Anspruch der IKB als eine der größten und krisensichersten Arbeitgeber:innen der Region.

Respekt, Wertschätzung und Fairness stellen die Säulen eines guten Arbeitsklimas und Miteinanders dar, um auch in schwierigen Zeiten in spannenden und sinnstiftenden Tätigkeitsfeldern und innovativen Projekten die neuen Herausforderungen der Energiezukunft zu gestalten.

Das Rekrutieren und Halten qualifizierten Personals stellt nach wie vor eine zentrale Herausforderung für die IKB dar. Zu deren Bewältigung wurde ein Prozess aufgesetzt, der darauf abzielt, eine Unternehmenskultur zu schaffen, in der Menschen gerne und mit Freude gut arbeiten. In diesem Zusammenhang wurden bereits Maßnahmen entwickelt, mittels derer die Attraktivität der IKB als Arbeitgeberin weiter gesteigert werden soll.

Um die Attraktivität als Arbeitgeberin für bestehendes und neu zu rekrutierendes Personal zu stärken, wurde ein Organisationsentwicklungsprojekt mit dem Titel „Zukunft.Gute.Arbeit“, bestehend aus den Teilprojekten „Werteprozess“, „Physische Arbeitswelten“ und „Führung/Behaltestrategien“, aufgesetzt. Im Rahmen des Werteprozesses werden auch periodisch wiederkehrende Mitarbeiterbefragungen durchgeführt. Aufbauend auf deren Ergebnissen und dem Feedback dazu werden Rückschlüsse gezogen und bedarfsorientiert weitere Maßnahmen gesetzt, um die Zufriedenheit der Belegschaft auf hohem Niveau zu halten.

Die professionelle Zusammenarbeit der Führungskräfte auf allen Ebenen bildet die fundamentale Voraussetzung, um die ehrgeizigen strategischen Ziele zu erreichen. Die IKB-Führungsgrundsätze bauen auf den Werten der IKB auf und beschreiben, welche Verhaltensweisen für eine erfolgreiche und wirksame Führung wichtig sind. Darauf baut das Führungskräfteentwicklungsprogramm der IKB auf. Alle Mitarbeiter:innen sind dabei aufgefordert, sich aktiv einzubringen, Veränderungen mitzugestalten und gemeinsam mit dem Unternehmen neue Wege zu beschreiten.

Forschung und Entwicklung im engeren Sinne betreibt die IKB keine. Trends in sich verändernden Märkten werden jedoch laufend beobachtet, um Innovationen rasch aufzugreifen und den Kund:innen innovative Produkte und Dienstleistungen anbieten zu können bzw. die bestehende Produktpalette weiterzuentwickeln.

Zweigniederlassungen: Die IKB hat keine im Firmenbuch eingetragenen Zweigniederlassungen.

AUSBLICK

Trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen wuchs die Weltwirtschaft laut Internationalem Währungsfonds (IWF) 2023 mit +3,1 Prozent. Dieser Wert liegt jedoch deutlich unter den Werten der Jahre 2021 und 2022 sowie dem langjährigen Durchschnitt. Für 2024 prognostiziert der IWF ein Weltwirtschaftswachstum von +3,1 Prozent. Hauptursachen für diese Entwicklung sind die langsame Erholung von den Folgen der COVID-19-Pandemie, des russischen Krieges gegen die Ukraine und der hohen Inflation. Diese bleibt weltweit mit 6,9 Prozent für 2023 bzw. vorhergesagten 5,8 Prozent für das Jahr 2024 verhältnismäßig hoch. Faktoren wie die gedämpfte Kaufkraft durch gesunkene Realeinkommen, die weltweite Schwäche der Industrie sowie starke Zinssteigerungen führten 2023 zudem zu einer Rezession in Österreich. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im Berichtsjahr um 0,8 Prozent. Für das Jahr 2024 geht das WIFO unter anderem aufgrund einer Verzögerung der Erholung der Industrie von einem schwachen Wachstum von +0,2 Prozent und einem gleichzeitigen Rückgang der Inflation auf 3,8 Prozent aus.

Die Rohstoffpreise lagen 2023 durch die Beruhigung der Märkte deutlich unter jenen des Vorjahres. Ursachen dafür waren unter anderem Verbrauchsreduktionen der Abnehmer:innen, der durch die Konjunkturertrübung verursachte Preisdruck sowie eine gute Versorgungslage bei Erdgas. Die sinkenden Rohstoffpreise führten weiters zu einer starken Preisreduktion am Stromgroßhandelsmarkt.

Die Entwicklung des IKB-Ergebnisses hängt maßgeblich von folgenden Faktoren ab: den Großhandelspreisen für Strom, der Eigenerzeugung aus Wasserkraft und der weiteren energiewirtschaftlichen Entwicklung. Darüber hinaus können sich staatliche Eingriffe und rechtliche Unsicherheiten in Bezug auf Strompreisanpassungen auf die Ergebnisentwicklung auswirken. Im Hinblick auf die nach wie vor angespannte Energiesituation, die geopolitischen Unsicherheiten, die Gefahr von regulatorischen Eingriffen und die hohe Volatilität der wesentlichen Einflussfaktoren auf das IKB-Ergebnis ist der Ausblick für die IKB mit hoher Unsicherheit behaftet.

Seit Jahren beschäftigt Europa die Energiewende, also der Umbau des gesamten Energiewirtschaftssystems von fossilen oder atomaren Energieträgern hin zu den sogenannten „Erneuerbaren“ – also umweltfreundliche, regenerative und CO₂-freie Energien wie Wasserkraft, Sonne, Wind oder Biomasse.

Dieses energiewirtschaftliche Umfeld bleibt für die IKB sowie die gesamte Branche herausfordernd. Der eingeleitete Transformationsprozess der Energiemärkte ist weiter im Gange und ergibt in Kombination mit allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, gesetzlichen Vorgaben und nicht zuletzt klimatischen Veränderungen ein äußerst dynamisches und komplexes Umfeld. Die IKB ist aufgrund der Bedeutung des Strom- und Energiegeschäftes im Gesamtportfolio der Unternehmensaktivitäten durch die sich noch verstärkenden Veränderungen in diesen Märkten betroffen.

Zentrales Vorhaben des bereits 2019 vorgestellten EU-Green-Deals – des zentralen europäischen Strategiedokuments für Energie und Klimapolitik – ist die Anhebung der Klimaambitionen der EU für 2030 und für 2050. In einem umfassenden Legislativpaket „Fit for 55“ hat die EU-Kommission die Umsetzung und die Ausgestaltung des Zielpfads für die angestrebte Treibhausgasreduktion weiter detailliert. Auf Basis dieser Beschlüsse findet ein Umbau des bestehenden Energiesystems statt. Es werden die Sektoren Elektrizität, Wärme- und Kälteversorgung sowie Verkehr in einem zunehmend erneuerbaren Energiesystem immer mehr miteinander vernetzt.

Auf Basis der Beschlüsse des Klimagipfels von Paris wurde das „Clean Energy Package“ der EU abgeschlossen, welches den allmählichen Wandel zu einer CO₂-neutralen EU-Wirtschaft bis 2050 beinhaltet. Zentrale Elemente dafür sind sowohl die Effizienzsteigerung als auch die Dekarbonisierung von Raumklimatisierung, Industrie und Verkehr.

Über neu definierte Marktteilnehmer wie Prosumer, lokale Energiegemeinschaften und Aggregatoren soll der Wandelprozess auch hin zur Dezentralisierung beschleunigt werden. Dekarbonisierung ist ein zentrales Instrument des Klimaschutzes und ein Hauptpfeiler der Energiewende.

Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, ab 2030 den Strombedarf (bilanziell über das Jahr gerechnet) ausschließlich aus erneuerbaren Energieträgern zu decken und strebt ab 2040 Klimaneutralität an. Zur Erreichung dieser Ziele sind hohe Investitionen in den Ausbau der Erzeugungskapazitäten genauso wie in

die Netzinfrastruktur notwendig. Der nationale Energie- und Klimaplan enthält eine Reihe von Maßnahmen, von denen vor allem die E-Mobilitätsinitiative/Ladeinfrastruktur, erneuerbare Wärme, thermische Gebäudesanierung, das Photovoltaikausbauprogramm sowie Dezentralisierung/Digitalisierung für die IKB von höherer Bedeutung sind.

Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) bedurfte einer beihilfenrechtlichen Genehmigung durch die EU-Kommission. Diese erfolgte mit Kritikpunkten zur administrativen Vergabe von Marktprämien für Wasser- und Windkraft. Mit dem EAG und den begleitenden Gesetzesänderungen soll der Ausbau von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie vorangetrieben werden. Das EAG schafft dafür rechtlich verbindliche Rahmenbedingungen und damit auch die notwendige Investitionssicherheit. Mit dem EAG und den begleitenden Gesetzesänderungen soll der Ausbau von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie vorangetrieben werden.

Nach Auslaufen des alten Energieeffizienzgesetzes (EEffG) 2014 mit Ende 2020 wurde dieses Mitte 2023 mit Wirkung für den Zeitraum ab 2023 novelliert. Mit diesem „neuen“ EEffG 2023 wurde dieses Gesetz unter anderem an unionsrechtliche Vorgaben angepasst und zudem das bisher geltende EEffG-Regime verbessert und effektiver gestaltet. Eine der bedeutendsten Änderungen durch die Novelle ist das Ende der Lieferantenverpflichtung. Anstatt Maßnahmen zur Energieberatung und -einsparung anzubieten, müssen Energielieferanten Beratungsstellen einrichten.

Die spezifischen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die IKB lassen sich als durchwachsen positiv beschreiben. Insgesamt betrachtet setzte sich die Erholung der Großhandelspreise für Strom in Europa weiter fort, wovon die IKB mit ihrer stabilen und umweltfreundlichen Stromerzeugung aus Wasserkraft profitieren kann. Gleichzeitig sind die gesamtwirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Risiken (Preissteigerungen, rechtliche Unsicherheiten, Markteingriffe/staatliche Methoden der Ergebnisabschöpfung) stark gestiegen. Die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen sind aktuell nur schwer einschätzbar.

Das Strompreisniveau stellt einen wesentlichen Werttreiber für die wirtschaftliche Entwicklung der IKB dar. Von der IKB wird der Strom, welcher nicht in den eigenen Wasserkraftwerken erzeugt werden kann, beim Landesenergieversorger TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG gemäß der zugrundeliegenden Beschaffungsstrategie (Back-to-Back oder rollierende Beschaffung) zugekauft.

Im Geschäftsbereich Strom-Vertrieb werden aufgrund von strittigen rechtlichen Rahmenbedingungen und im Raum stehenden Klagsdrohungen derzeit Varianten zur Umsetzung eines „Stromkosten-Entlastungspaketes“ und zur möglichst rechtssicheren Umsetzung von Preisanpassungen evaluiert.

Im Geschäftsbereich Strom-Netz begann mit 1. Jänner 2024 die fünfte Regulierungsperiode, in deren Rahmen die Kosten der Stromverteilernetzbetreiber – wie in der Vergangenheit – jährlich auf Basis einer Kostenüberleitung festgestellt werden. Auch für diese fünfte Regulierungsperiode sieht die Behörde neben einer generellen Zielvorgabe, welche die sektorale Produktivitätsentwicklung abbilden soll, auch eine individuelle Zielvorgabe vor. Die unternehmensindividuellen Zielvorgaben basieren dabei auf einem relativen Effizienzvergleich (Benchmarking), den die Behörde analog zu den vorigen Regulierungsperioden durchführt. Das Strom-Netz-Geschäft steht durch regulatorische Eingriffe (Effizienzvorgaben, Smart-Meter-Einführung) unter erheblichem Ergebnisdruck. Vergleichsweise stabil entwickeln sich die Geschäftsfelder Wasser, Abwasser, Abfall und Bäder. Die Ergebnisentwicklung in den jüngeren, teilweise noch kleinen Geschäftsfeldern (Servicegeschäft Strom-Netz, Wasserdienstleistungen, Telekommunikation, Energieservices) schreitet derzeit stetig voran.

Die mittel- und längerfristigen Auswirkungen der Energiekrise auf die wirtschaftliche Situation der Kund:innen der IKB und daraus resultierende Konsequenzen für den IKB-Konzern können derzeit noch nicht abschließend beurteilt werden. Aufgrund des risikoaversen Geschäftsmodells der IKB als breit aufgestelltes Infrastrukturunternehmen und auch der finanziellen Kraft des Unternehmens ist zu erwarten, dass die IKB sich weiter zu einer führenden Anbieterin von Energielösungen und kommunaler Infrastruktur in Tirol entwickelt. Die zunehmende Verknappung des Arbeitsmarktes bringt dabei einen hohen Wettbewerbsdruck um qualifizierte Facharbeitskräfte mit sich.

Die kommenden Jahre werden für die IKB aber auch durch herausfordernde energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen wie insbesondere ein höheres Energiepreisniveau gekennzeichnet sein. Dem wird die IKB mit der konsequenten Fortführung der eingeschlagenen Strategie begegnen. Im Mittelpunkt stehen weiterhin eine konsequente Kundenorientierung und der Ausbau von Geschäftsaktivitäten auf Basis des organischen Wachstums und mit Fokus auf die Kernkompetenzen des Unternehmens.

Das risiko- und krisenaverse Geschäftsmodell der IKB als breit aufgestelltes Infrastrukturunternehmen über zahlreiche Wertschöpfungsebenen hat sich insgesamt bestens bewährt. Die Streuung der Geschäftsaktivitäten wirkt für die gesamte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens stabilisierend. Im kommenden Jahr wird wegen des angespannten wirtschaftlichen Umfelds mit einer steigenden Tendenz an Forderungsausfällen bei Kund:innen gerechnet.

Nach dem bisherigen Geschäftsverlauf ist aktuell trotz zunehmend schwierigerer und unsicherer Rahmenbedingungen auch weiterhin von einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung auszugehen. Erhöhte Unsicherheiten resultieren auch aus dem internationalen Umfeld – darunter fällt unter anderem eine weitere Eskalation des Krieges in der Ukraine –, generell können Verschärfungen geopolitischer Konflikte zu nicht vorhersehbaren Preissprüngen bei Rohstoff- und Energiepreisen führen.

Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass für die IKB aufgrund des krisenaversen Geschäftsmodells und auch der finanziellen Kraft trotz teilweise schwierigerer Rahmenbedingungen ein solider Kurs möglich und der Fortbestand des Unternehmens gesichert ist.

Innsbruck, am 25. April 2024
Der Vorstand



DI Helmuth Müller
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. Thomas Pühringer
Mitglied des Vorstandes



DI Thomas Gasser, MBA
Mitglied des Vorstandes

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2023

(Beträge in Euro)

AKTIVA	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	9.724.087,25	11.771
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	155.578,40	9
	9.879.665,65	11.780
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	117.451.043,77	114.759
2. Technische Anlagen und Maschinen	337.129.559,21	328.116
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.304.283,79	7.470
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	50.101.059,22	29.819
	512.985.945,99	480.164
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	12.510.053,79	12.025
2. Beteiligungen	1.396.798,83	1.397
3. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	1.252.971,56	17.586
	15.159.824,18	31.008
	538.025.435,82	522.952
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.502.078,84	4.296
2. Noch nicht abrechenbare Leistungen	1.886.070,18	1.398
	5.388.149,02	5.694
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 54.556.265,15 (VJ TEUR 46.770)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 10.025.285,70 (VJ TEUR 5.846)		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	32.413.626,00	24.420
davon Steuerumlage EUR 716.470,18 (VJ TEUR 326)		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 5.898.755,81 (VJ TEUR 2.725)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 656.675,50 (VJ TEUR 1.005)		
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	6.555.431,31	3.730
davon Steuerumlage EUR 716.470,18 (VJ TEUR 326)		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 5.898.755,81 (VJ TEUR 2.725)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 656.675,50 (VJ TEUR 1.005)		
3. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	956.108,11	1.159
davon Steuerumlage EUR 134.655,57 (VJ TEUR 102)		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 956.108,11 (VJ TEUR 1.159)		
4. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	24.656.385,43	23.307
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 15.287.775,23 (VJ TEUR 18.465)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 9.368.610,20 (VJ TEUR 4.842)		
	64.581.550,85	52.616
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		
	78.640.753,64	59.721
	148.610.453,51	118.031
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	256.085,80	129
SUMME AKTIVA	686.891.975,13	641.112

PASSIVA	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	TEUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Eingefordertes und eingezahltes Grundkapital		
	10.000.000,00	10.000
II. Kapitalrücklagen		
1. Gebundene	4.036,99	4
2. Nicht gebundene	193.428.252,42	193.263
	193.432.289,41	193.267
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	995.962,72	996
2. Andere Rücklagen (freie Rücklagen)	178.004.958,79	171.399
	179.000.921,51	172.395
IV. Bilanzgewinn		
davon Gewinnvortrag EUR 0,00 (VJ TEUR 0)		
	13.000.000,00	17.356
	395.433.210,92	393.018
B. INVESTITIONSZUSCHÜSSE		
	53.298.953,38	48.540
C. BAUKOSTENBEITRÄGE		
	50.581.851,07	50.422
D. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	5.327.929,00	4.760
2. Rückstellungen für Pensionen	3.848.954,00	4.023
3. Steuerrückstellungen	22.992,00	92
4. Sonstige Rückstellungen	48.191.212,81	33.611
	57.391.087,81	42.486
E. VERBINDLICHKEITEN		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 101.588.382,24 (VJ TEUR 93.614)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 22.304.422,40 (VJ TEUR 11.407)		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.207.172,32	10.913
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 654.998,74 (VJ TEUR 726)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 10.552.173,58 (VJ TEUR 10.187)		
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.551.651,06	7.021
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 2.097.843,60 (VJ TEUR 6.500)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 453.807,46 (VJ TEUR 521)		
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	30.728.856,44	23.304
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 29.430.415,08 (VJ TEUR 22.605)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 1.298.441,36 (VJ TEUR 699)		
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	48.802.273,11	40.113
davon Steuerumlage EUR 0,00 (VJ TEUR 158)		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 38.802.273,11 (VJ TEUR 40.113)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 10.000.000,00 (VJ TEUR 0)		
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12.157.912,32	9.931
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 12.157.912,32 (VJ TEUR 9.931)		
6. Sonstige Verbindlichkeiten	18.444.939,39	13.738
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 18.444.939,39 (VJ TEUR 13.738)		
davon aus Steuern EUR 5.417.251,38 (VJ TEUR 3.849)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 1.098.350,85 (VJ TEUR 956)		
	123.892.804,64	105.020
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	6.294.067,31	1.626
SUMME PASSIVA	686.891.975,13	641.112

ANLAGENSPIEGEL 2023

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen							Buchwert	
	zum 1.1.2023	Abgang durch Spaltung	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	zum 31.12.2023	zum 1.1.2023	Abgang durch Spaltung	Zugänge	Abgänge	Zuschrei- bungen	Umbuchun- gen	zum 31.12.2023	zum 31.12.2023	zum 31.12.2022
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände															
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	36.862.201,58	123.352,00	662.616,30	131.048,89	17.353,21	37.287.770,20	25.090.931,33	26.190,00	2.561.127,08	62.185,46	0,00	0,00	27.563.682,95	9.724.087,25	11.771.270,25
2. Geleistete Anzahlungen	8.615,35	0,00	155.578,40	0,00	-8.615,35	155.578,40	0,00	0,00			0,00	0,00	0,00	155.578,40	8.615,35
Summe immaterielles Anlagevermögen	36.870.816,93	123.352,00	818.194,70	131.048,89	8.737,86	37.443.348,60	25.090.931,33	26.190,00	2.561.127,08	62.185,46	0,00	0,00	27.563.682,95	9.879.665,65	11.779.885,60
II. Sachanlagen															
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	301.776.613,12	0,00	2.155.467,51	1.143.735,60	6.329.490,07	309.117.835,10	187.017.021,73	0,00	5.599.327,20	949.557,60	0,00	0,00	191.666.791,33	117.451.043,77	114.759.591,39
2. Technische Anlagen und Maschinen	701.802.925,42	1.425.037,73	24.798.646,28	1.176.510,67	7.425.817,39	731.425.840,69	373.687.201,62	383.184,73	21.794.310,87	802.046,28	0,00	0,00	394.296.281,48	337.129.559,21	328.115.723,80
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	37.879.660,97	0,00	3.825.765,44	1.079.359,34	396.131,10	41.022.198,17	30.410.048,68	0,00	3.375.613,54	1.067.747,84	0,00	0,00	32.717.914,38	8.304.283,79	7.469.612,29
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	29.819.232,37	118.574,19	34.442.003,27	-118.574,19	-14.160.176,42	50.101.059,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50.101.059,22	29.819.232,37
Summe Sachanlagen	1.071.278.431,88	1.543.611,92	65.221.882,50	3.281.031,42	-8.737,86	1.131.666.933,18	591.114.272,03	383.184,73	30.769.251,61	2.819.351,72	0,00	0,00	618.680.987,19	512.985.945,99	480.164.159,85
III. Finanzanlagen															
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	23.109.620,27	0,00	485.000,00	0,00	0,00	23.594.620,27	11.084.566,48	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.084.566,48	12.510.053,79	12.025.053,79
2. Beteiligungen	1.396.798,83	0,00	0,00	0,00	0,00	1.396.798,83	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.396.798,83	1.396.798,83
3. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	17.700.976,54	0,00	93.508,28	16.448.780,54	0,00	1.345.704,28	114.872,16	0,00	0,00	0,00	22.139,44	0,00	92.732,72	1.252.971,56	17.586.104,38
Summe Finanzanlagen	42.207.395,64	0,00	578.508,28	16.448.780,54	0,00	26.337.123,38	11.199.438,64	0,00	0,00	0,00	22.139,44	0,00	11.177.299,20	15.159.824,18	31.007.957,00
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	1.150.356.644,45	1.666.963,92	66.618.585,48	19.860.860,85	0,00	1.195.447.405,16	627.404.642,00	409.374,73	33.330.378,69	2.881.537,18	22.139,44	0,00	657.421.969,34	538.025.435,82	522.952.002,45

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für das Geschäftsjahr von 1. Jänner bis 31. Dezember 2023 (Beträge in Euro)

	2023 EUR	2022 TEUR
1. Umsatzerlöse	265.744.610,21	225.484
2. Veränderung des Bestands an noch nicht abrechenbaren Leistungen	487.940,00	117
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	7.267.328,98	6.592
4. Sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	165.866,33	4.699
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.433.247,38	2.030
c) Übrige	4.195.349,23	3.760
	5.794.462,94	10.489
Betriebsleistung	279.294.342,13	242.682
5. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen		
a) Materialaufwand	-93.422.594,03	-79.699
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-12.871.822,49	-11.679
	-106.294.416,52	-91.378
6. Personalaufwand		
a) Löhne	-10.689.289,65	-9.257
b) Gehälter	-29.627.762,72	-25.365
c) Soziale Aufwendungen		
aa) Aufwendungen für Altersversorgung	-574.096,38	-1.010
bb) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-1.219.490,85	-854
cc) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-10.167.879,30	-8.810
dd) Übrige	-1.426.852,33	-1.483
	-13.388.318,86	-12.157
	-53.705.371,23	-46.780
7. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		
a) Planmäßig	-33.330.378,69	-31.919
b) Außerplanmäßig	0,00	0
	-33.330.378,69	-31.919
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit sie nicht unter Z. 18 fallen	-10.475.014,57	-8.682
b) Übrige	-46.759.121,62	-26.190
c) Personalgestellungsaufwand	-10.748.432,23	-11.362
	-67.982.568,42	-46.235
Betriebliche Aufwendungen	-261.312.734,86	-216.312
9. Zwischensumme aus Z. 1 bis 8 (Betriebserfolg)	17.981.607,27	26.370
10. Erträge aus Beteiligungen	1.148.400,42	653
davon aus verbundenen Unternehmen EUR 740.400,42 (VJ TEUR 155)		
11. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	16.648,39	11
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.319.185,12	226
davon aus verbundenen Unternehmen EUR 99.568,10 (VJ TEUR 46)		
13. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	3.573.358,90	811
14. Aufwendungen aus Finanzanlagen, davon	-3.995.340,08	-2.778
a) Abschreibungen EUR 0,00 (VJ TEUR 102)		
b) Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen EUR 3.995.340,08 (VJ TEUR 2.676)		
c) Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen EUR 0,00 (VJ TEUR 0)		
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.527.801,80	-897
davon betreffend verbundene Unternehmen EUR 1.212.521,48 (VJ TEUR 112)		
16. Zwischensumme aus Z. 10 bis 15 (Finanzerfolg)	534.450,95	-1.974
17. Ergebnis vor Steuern (Zwischensumme aus Z. 9 und Z. 16)	18.516.058,22	24.396
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	864.523,26	250
davon positive Steuerumlagen EUR 851.125,75 (VJ negative TEUR 270)		
19. Ergebnis nach Steuern	19.380.581,48	24.646
20. JAHRESÜBERSCHUSS	19.380.581,48	24.646
21. Auflösung von Kapitalrücklagen	225.243,33	225
22. Zuweisung zu Gewinnrücklagen	-6.605.824,81	-7.515
23. BILANZGEWINN	13.000.000,00	17.356

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023

I. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der vorliegende Jahresabschluss der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2023 wurde in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Unternehmensgesetzbuches erstellt. Der Abschluss wird beim Firmenbuch des Landesgerichtes Innsbruck hinterlegt. Bei der Bilanzierung und Bewertung wurde den allgemein anerkannten Grundsätzen Rechnung getragen. Dabei wurden die im § 201 Abs 2 UGB kodifizierten Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ebenso beachtet wie die Gliederungs- und Bewertungsvorschriften für die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der §§ 195 bis 211 und 221 bis 235 UGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt. Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, die weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr einen Betrag ausweisen, werden gemäß § 223 Abs 7 UGB nicht angeführt. Die Gesellschaft wird auf Basis der Größenkriterien nach § 221 UGB in die großen Kapitalgesellschaften eingeordnet.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss basiert auf den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung und folgt der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln. Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen. Alle Wirtschaftsgüter wurden zum Abschlussstichtag einzeln und ohne Willkür bewertet. Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen und alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste berücksichtigt wurden.

Anlagevermögen

Die *immateriellen Vermögensgegenstände* werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Abschreibungsmethode, bewertet. Das *Sachanlagevermögen* wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Für die selbst erstellten Anlagen werden die direkten Material- und Personalkosten (einschließlich Sonderbezüge und Überstundenzuschläge) sowie Zuschläge für gesetzliche Sozialabgaben und Kommunalsteuer und anteilige Gemeinkosten im Sinne des § 203 Abs 3 UGB angesetzt. Ein Ausscheiden überhöhter Gemeinkosten infolge offener Unterbeschäftigung war nicht erforderlich.

Die planmäßigen Abschreibungen werden linear unter Zugrundelegung betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauern und Abschreibungssätze berechnet. Von den Zugängen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wird die volle Jahresabschreibung, von den Zugängen in der zweiten Hälfte wird die halbe Jahresabschreibung verrechnet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen sowie Wertpapiere und Wertrechte des Anlagevermögens wurden mit den Anschaffungskosten bzw. niedrigeren Börsenkursen respektive den ihnen beizulegenden niedrigeren Werten am Bilanzstichtag angesetzt.

Umlaufvermögen

Die Bewertung der *Vorräte* erfolgte zu Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tages- bzw. Wiederbeschaffungspreisen am Bilanzstichtag. Bestandsrisiken, die sich aus der Lagerdauer sowie geminderter Verwendbarkeit ergeben, wurden durch angemessene Wertabschläge berücksichtigt. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert bzw. dem niedrigeren Marktwert bilanziert. Für bestehende Ausfallrisiken wurde durch Einzelwertberichtigungen bei dubiosen Forderungen vorgesorgt.

Längerfristige unverzinsliche bzw. niedrig verzinsliche Forderungen wurden entsprechend diskontiert. Positionen des Umlaufvermögens, die auf Fremdwährung lauten, wurden mit dem Geldkurs am Bilanzstichtag umgerechnet, sofern dieser unter dem Buchkurs liegt.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die zwischen den unternehmensrechtlichen und den steuerrechtlichen Wertansätzen bestehenden Differenzen, die sich in den späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, ergeben insgesamt eine zukünftige Steuerentlastung. Diese wird gemäß § 198 Abs 9 UGB als aktive latente Steuer in der Bilanzposition D. Aktive latente Steuern abgebildet. Der gemäß § 198 Abs 10 UGB aktivierbare Betrag für die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft wurde gänzlich abgeschrieben, da auf Grund der zu erwartenden negativen steuerlichen Ergebnisse eine Steuerentlastung nicht mehr gegeben ist. Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft übernimmt als Gruppenträgerin im Sinne des § 9 KStG gemäß den Ergebnisabführungsverträgen mit der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH, der Innbus GmbH (indirekt) und der Mussmann GmbH. die Ergebnisse dieser Tochterunternehmen. Dementsprechend sind auch die latenten Steuern von der Gruppenträgerin zu tragen.

Investitionszuschüsse

Die Verbuchung der Investitionszuschüsse erfolgt nach der Bruttomethode. Der Zuschuss wird als Sonderposten in der Bilanz auf der Passivseite abgebildet; die Auflösung dieses Postens erfolgt analog zur Abschreibung des bezuschussten Vermögensgegenstandes als übrige sonstige betriebliche Erträge. Investitionszuschüsse, deren Gewährung ohne eine vereinbarte Gegenleistungsverpflichtung erfolgt, werden bereits zum Zeitpunkt des Vorliegens sämtlicher sachlicher Voraussetzungen für die Gewährung des Zuschusses unter den *sonstigen Forderungen* ausgewiesen.

Baukostenbeiträge

Von Strom-, Wasser- und Kanalabnehmern erhaltene Baukostenbeiträge werden zum Nennwert erfasst und als Schuldposten ausgewiesen. Die Auflösung erfolgt über die Umsatzerlöse mit jährlich 5 Prozent.

Rückstellungen

Die *Pensionsrückstellungen* wurden für vertraglich zugesagte Pensionsansprüche gebildet. Die Berechnung erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren unter Verwendung der Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung AVÖ 2018 P (RG) von Pagler-Pagler. Die *Abfertigungsrückstellungen* werden für gesetzliche Ansprüche gebildet. Die Berechnung wurde auf Basis des Anti-Gold-Plating-Gesetzes 2019 von versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die finanzmathematische Berechnung umgestellt. Nach geltendem Recht ist die finanzmathematische Berechnung zulässig und sind die Abweichungen zur versicherungsmathematischen Berechnung gering. Angewandt wurde das Teilwertverfahren mit einem Rechnungszinssatz von 1,51 Prozent (Vorjahr: 1,30 Prozent) und einem Gehaltstrend von 3,80 Prozent (Vorjahr: 3,80 Prozent). Beim verwendeten Rechnungszinssatz handelt es sich um einen Durchschnittszinssatz. Der Durchschnittszinssatz ermittelt sich aus den Durchschnitten des Stichtagszinssatzes und den Stichtagszinssätzen der 7 vorangegangenen Abschlussstichtage für Unternehmensanleihen mit ausgezeichneter Bonität und einer Restlaufzeit von 10 Jahren (Vorjahr: 12 Jahre). Der Berechnung wurde das faktische Pensionseintrittsalter von 63 Jahren (Vorjahr: 63 Jahre) zugrunde gelegt. Die in den Vorsorgen für Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmer:innen enthaltene Rückstellung für *Jubiläumsgelder* wurde ebenfalls nach finanzmathematischen Grundsätzen ermittelt. Bei der Berechnung wurde der Rechnungszinssatz mit einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vorjahr: 15 Jahre) in Höhe von 1,74 Prozent (Vorjahr: 1,44 Prozent) verwendet. Beim verwendeten Rechnungszinssatz handelt es sich um einen Durchschnittszinssatz. Das Pensionsantrittsalter wurde mit 63 Jahren (Vorjahr: 63 Jahre), der Gehaltstrend mit 3,80 Prozent (Vorjahr: 3,80 Prozent) angenommen.

Die *sonstigen Rückstellungen* werden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehenden Verbindlichkeiten. Nach § 211 UGB sind Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit einem marktüblichen Zinssatz abzuzinsen.

Die Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge für den Deponiebetrieb Ahrental wurde mit einem Rechnungszinssatz von 1,78 Prozent (Vorjahr: 1,49 Prozent) abgezinst. Der verwendete Rechnungszinssatz entspricht dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten 7-jährigen Durchschnittszinssatz für

Unternehmensanleihen mit ausgezeichneter Bonität und einer Restlaufzeit von 18 Jahren (Vorjahr: 17 Jahren). Die erwarteten Kostensteigerungen werden mit einem jährlichen Index in Höhe von 2,19 Prozent (Vorjahr: 2,19 Prozent) berücksichtigt.

Verbindlichkeiten

Die *Verbindlichkeiten* sind mit ihrem Erfüllungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten werden zum Briefkurs des Bilanzstichtages bewertet, sofern dieser über dem Buchkurs liegt.

Cross Border Leasing

In den Geschäftsjahren 2001 und 2002 hat die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft drei Cross-Border-Leasing-Transaktionen durchgeführt. Dabei wurden Wirtschaftsgüter der Gesellschaft (Stromnetz, Kraftwerke und das Abwasserbeseitigungssystem) an unter US-amerikanischem Recht errichtete Trusts langfristig vermietet und gleichzeitig zurückgemietet. Die Trusts wurden dabei zu Gunsten institutioneller Investor:innen in den USA errichtet. Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft hatte sich das zivilrechtliche Eigentum vorbehalten, und es verblieb auch das wirtschaftliche Eigentum aufgrund eines Rückmietvertrages mit Kaufoption bei der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft.

Sämtliche planmäßigen Verpflichtungen aus den Mietverträgen wurden bei Finanzinstituten mit ausgezeichneter Bonität im Voraus erlegt, sodass die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft bei vertragskonformem Verhalten keine weiteren Zahlungen leisten musste, solange die gewählten Finanzinstitute ihren übernommenen Zahlungsverpflichtungen nachkamen.

Ausgelöst durch die weltweite Finanzmarktkrise kam es zu Bonitätsverschlechterungen einzelner Vertragsparteien (Versicherungen und Banken), welche die Gesamtrisikosituation negativ beeinflussten und zu einem diesbezüglichen Handlungsbedarf führten. Bei einem Teil dieser Transaktionen erfolgte im Jahr 2009 die vorzeitige Vertragsauflösung.

Im Oktober 2017 konnten die restlichen CBL-Transaktionen vorzeitig durch Vorziehen der Kaufoption beendet werden. Nicht sofort auflösbare Teile (sogenannte „Serie-B“) bestehend aus Krediten bei österreichischen Banken sowie deren in gleicher Höhe eingerichteten Tilgungsträger wurden direkt auf die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft übertragen und in die Bilanz aufgenommen.

Die in der Bilanz aufgenommenen Werte für Finanzierungen und Depots betreffend die vorzeitig beendeten Cross-Border-Leasing-Geschäfte notieren in US-Dollar. Die Umrechnung in Euro erfolgt zum Stichtagskurs. Die Finanzierungen werden bei den Verbindlichkeiten aus Kreditinstituten, die entsprechenden Depots unter den sonstigen Forderungen ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten bzw. die sonstigen Forderungen betragen zum Stichtag 10.552.173,58 Euro. Die zukünftig anfallenden Zinszahlungen und Tilgungen der Kredite sind gleich hoch wie die zukünftig anfallenden Zinszahlungen und Entnahmen aus den Depots. Ein GuV-Effekt aus diesen Zahlungen entsteht nicht.

Die für zukünftige Aufwendungen aus den Cross-Border-Leasing-Geschäften gebildete Rückstellung wurde im Zuge der Auflösung der CBL-Transaktionen ihrer Verwendung zugeführt, und es verbleibt per 31. Dezember 2023 ein restlicher Rückstellungsbetrag in der Höhe von 189.815,57 Euro.

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ (VORJAHRESWERTE IN KLAMMERN)

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung nach einzelnen Posten sind im Anlagenspiegel dargestellt.

Sachanlagen

Der *Grundwert der Grundstücke* zum 31. Dezember 2023 beträgt 22.519.711,25 Euro (22.512,1 TEuro).

Aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen bestehen aufgrund von langfristigen Vertragsverhältnissen für das folgende Geschäftsjahr Verpflichtungen in Höhe von 749.248,17 Euro (649,3 TEuro). Die Verpflichtungen für die nächsten fünf Jahre belaufen sich auf 3.616.602,24 Euro (3.185,6 TEuro).

Finanzanlagen

Zusatzangaben gemäß § 238 Abs 1 Z. 4 UGB:

	Sitz	Kapital- anteil	Jahr	Eigenkapital letztes Geschäftsjahr gesamt EUR	Ergebnis = Jahresüber- schuss (+)/-fehlbetrag (-) letztes Geschäftsjahr gesamt EUR
Verbundene Unternehmen					
Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH	Innsbruck	51,00 %	2023	284.188.592,49	-42.595.340,08
Innbus GmbH (indirekt)	Innsbruck	51,00 %	2023	6.033.033,59	-77.852,20
Musmann GmbH.	Innsbruck	100,00 %	2023	1.111.910,38	120.400,42
Naturstrom Mühlau GmbH	Innsbruck	62,00 %	2023	1.633.452,19	368.461,45
Innsbrucker Nordkettenbahnen GmbH (indirekt)	Innsbruck	56,00 %	2023	18.538.666,83	-1.693.998,06
Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H.	Innsbruck	51,00 %	2023	65.524.162,53	2.618.745,65
ProContracting Italia GmbH	Bozen	100,00 %	2023	99.674,93	-1.248,58
Innbus Regionalverkehr GmbH	Innsbruck	55,00 %	2023	3.151.996,47	440.806,54
DAWI Kanalservice GmbH	Innsbruck	100,00 %	2023	4.158.242,24	1.139.217,85
Bodenaushubdeponie Ahrental GmbH	Innsbruck	51,00 %	2023	307.443,05	410.698,57
Bio Heizwerk Steinach a.Br. GmbH	Steinach	51,00 %	2023	-359.352,33	32.443,24
IKB Sonnenstrom GmbH	Innsbruck	100,00 %	2023	146.235,67	195.464,77
e-laden Tirol GmbH	Innsbruck	100,00 %	2023	1.764.066,75	-44.967,71
Beteiligungen					
Recycling Innsbruck GmbH	Innsbruck	50,00 %	2023	215.016,43	166.136,01
Abfallbehandlung Ahrental GmbH	Innsbruck	50,00 %	2023	1.069.682,25	842.428,46
Bauentsorgungsgesellschaft mbH	Innsbruck	49,00 %	2023	250.844,55	41.854,76

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

In den *Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen* sind im Wesentlichen Forderungen aus Darlehen in Höhe von 1.525.977,82 Euro (1.467,7 TEuro), aus Steuerumlagen in Höhe von 716.470,18 Euro (326,2 TEuro) und aus dem Cash-Pooling in Höhe von 349.038,84 Euro (509,0 TEuro) ausgewiesen.

Unter den *Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht*, werden im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen. Aus dem Cash-Pooling resultieren Forderungen in Höhe von 316.497,56 Euro (119,2 TEuro).

Die *sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände* enthalten als wesentliche Positionen Forderungen aus Schadensfällen in Höhe von 350.069,60 Euro (341,1 TEuro), Guthaben an Lieferant:innen in Höhe von 254.314,21 Euro (557,7 TEuro) und Forderungen aus Steuern und Abgaben in Höhe von 457.449,10 Euro (2.391,9 TEuro).

Die Höhe des Depots, das im Rahmen der Beendigung der CBL-Transaktionen in die Bilanz aufgenommen wurde und unter den sonstigen Forderungen ausgewiesen ist, beträgt 2023 10.552.173,58 Euro (10.187,0 TEuro) (siehe Seite 33). Des Weiteren bestehen im Wirtschaftsjahr 2023 Forderungen für zugesagte Investitionszuschüsse der Kommunalkredit Public Consulting GmbH für getätigte Investitionen in Höhe von 9.682.407,65 Euro (5.027,2 TEuro).

Die Forderung aus dem Regulierungskonto Strom aufgrund des Differenzbetrags aus den tatsächlich erzielten und den der Verordnung zu Grunde liegenden Planerlösen gemäß § 50 Abs 1 EIWOG 2010 betrug 2023 2.212.290,00 Euro (Forderung 2.823,0 TEuro).

Forderungen aufgrund des Zeitverzuges in der Abgeltung durch die Systemnutzungsentgelte gemäß § 59 Abs 1 EIWOG 2010 wurden nicht aktiviert.

In den sonstigen Forderungen sind Erträge von 592.566,57 Euro (1.556,9 TEuro) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Latente Steuern

Die Angabe, auf welchen Differenzen die latenten Steuern beruhen und mit welchem Steuersatz die Bewertung erfolgt, sowie die im Geschäftsjahr erfolgten Bewegungen der latenten Steuersalden können der folgenden Tabelle entnommen werden:

LATENTE STEUERN 31.12.2023 (Beträge in EUR)									
UNTERNEHMENSRECHTLICH				STEUERRECHTLICH			LATENTE STEUERN aktiv(+) passiv(-)		
	1.1.2023	Auflösung Zuführung	31.12.2023	1.1.2023	Auflösung Zuführung	31.12.2023	1.1.2023	Auflösung Zuführung	31.12.2023
Rückstellungen Personal	19.563.645	1.180.104	20.743.749	11.367.757	1.055.204	12.422.961	8.195.888	124.900	8.320.788
Rückstellungen Sonstige	18.252.616	-2.941.040	15.311.576	13.411.886	-1.913.718	11.498.169	4.840.730	-1.027.322	3.813.407
Sachanlagevermögen	-9.094.122	-4.992.666	-14.086.788	-19.506.186	-55.822	-19.562.008	10.412.064	-4.936.844	5.475.220
Unversteuerte Rücklagen	0	0	0	2.662.170	-220.068	2.442.102	-2.662.170	220.068	-2.442.102
Finanzanlagevermögen	112.722	0	112.722	112.722	0	112.722	0	0	0
Firmenwertabschreibung	-3.700.000	-300.000	-4.000.000	-497.330	10.701	-486.629	-3.202.670	-310.701	-3.513.371
GESAMT	25.134.861	-7.053.602	18.081.259	7.551.020	-1.123.703	6.427.317	17.583.841	-5.929.898	11.653.942
							23,00 %	23,00 %	23,00 %
LATENTE STEUERN per 31.12.2023 vor Abschreibung							4.044.283	-1.363.877	2.680.407
Abschreibung							-4.044.283		-2.680.407
LATENTE STEUERN per 31.12.2023									0

Die zum Stichtag angesetzten Steuern resultieren im Wesentlichen aus Bewertungsunterschieden aus dem Bereich der Personalrückstellungen, der sonstigen Rückstellungen und der Unterschiede im Sachanlagevermögen. Auf Grund der zu erwartenden negativen steuerlichen Ergebnisse wurden die aktiven latenten Steuern der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH, der Innbus GmbH (indirekt) und der Mussmann GmbH. zum Stichtag zur Gänze abgeschrieben.

Eigenkapital

Das *Grundkapital* der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2023 10.000.000,00 Euro und ist in 100.000 vinkulierte Namensaktien mit einem Nominale von je 100,00 Euro aufgeteilt.

Die *gebundene Kapitalrücklage* in Höhe von 4.036,99 Euro ergibt sich aufgrund der Umrechnung der Aktiennennbeträge und des Grundkapitals in Euro gemäß Artikel 1 § 8 Abs 1 des 1. Euro-Justiz-Begleitgesetzes.

Die *nicht gebundene Kapitalrücklage* setzt sich aus der Einbringungsbilanz der Stadtwerke Innsbruck in Höhe von 48.821.568,82 Euro (48.821,6 TEuro) sowie aus Gesellschafterzuschüssen der Stadtgemeinde Innsbruck in Höhe von 145.930.718,06 Euro (144.441,8 TEuro) und abzüglich des durch Abspaltung abgegangenen Teilbetriebes e-Laden von 1.324.034,46 Euro zusammen.

Unter den *Gewinnrücklagen* werden die gesetzliche Rücklage und andere (freie) Rücklagen ausgewiesen.

Die *gesetzliche Rücklage* betrug im Wirtschaftsjahr 2023 995.962,72 Euro (996,0 TEuro). Die *freie Rücklage* in Höhe von 178.004.958,79 Euro (171.399,1 TEuro) setzt sich aus den aufgelösten Investitionsfreibeträgen 1990 bis 2000 in Höhe von 19.376.443,92 Euro (19.376,4 TEuro) abzüglich der Auflösung der Gewinnrücklage 2009 im Ausmaß von 1.000.000,00 Euro, den eingestellten Bilanzgewinnen in Höhe von 155.192.845,37 Euro (148.587,0 TEuro) und den zugeführten unversteuerten Rücklagen in Höhe von 4.435.669,50 Euro zusammen.

Der Vorstand der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft schlägt den Eigentümerinnen vor, vom Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2023 eine Dividende in Höhe von insgesamt 13.000.000,00 Euro auszuschütten.

Entwicklung des Eigenkapitals

	Eingefordertes und eingezahl- tes Grundkapital EUR	Kapital- rücklagen EUR	Gewinn- rücklagen EUR	Bilanz- gewinn EUR	Summe EUR
Stand am 1. Jänner 2022	10.000.000,00	191.814.219,92	164.880.322,45	22.168.801,10	388.863.343,47
Gesellschafterzuschuss	0,00	1.678.442,20	1.678.442,20	0,00	1.678.442,20
Gewinnausschüttung	0,00	0,00	0,00	-22.168.801,10	-22.168.801,10
Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	24.645.183,52	24.645.183,52
Auflösung Kapitalrücklage	0,00	-225.243,33	0,00	225.243,33	0,00
Zuweisung Gewinnrücklage	0,00	0,00	7.514.774,25	-7.514.774,25	0,00
Stand am 31. Dezember 2022					
Stand am 1. Jänner 2023	10.000.000,00	193.267.418,79	172.395.096,70	17.355.652,60	393.018.168,09
Gesellschafterzuschuss	0,00	1.714.148,41			1.714.148,41
Gewinnausschüttung	0,00			-17.355.652,60	-17.355.652,60
Jahresüberschuss	0,00			19.380.581,48	19.380.581,48
Auflösung Kapitalrücklage	0,00	-225.243,33		225.243,33	0,00
Abspaltung e-laden Tirol GmbH	0,00	-1.324.034,46			-1.324.034,46
Zuweisung Gewinnrücklage	0,00		6.605.824,81	-6.605.824,81	0,00
Stand am 31. Dezember 2023	10.000.000,00	193.267.418,79	179.000.921,51	13.000.000,00	395.433.210,92

Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft hat den Teilbetrieb e-Laden im Wege der Gesamtrechtsnachfolge durch verhältnismäßige Abspaltung zur Aufnahme gemäß § 1 Abs 2 Z. 2 SpaltG und gemäß Art. VI UmgrStG unter Fortbestand der übertragenden Gesellschaft auf die e-laden Tirol GmbH als übernehmende Gesellschaft übertragen. Der Spaltungs- und Übernahmevertrag wurde am 5. September 2023 unterfertigt. Durch den fristgerechten Abschluss sowie die gebotene Veröffentlichung erfolgte die Abspaltung rückwirkend mit Stichtag 31. Dezember 2022. Mit der Abspaltung sind nicht gebundene Kapitalrücklagen in Höhe von 1.324.034,46 Euro abgegangen.

Investitionszuschüsse

Die Entwicklung der *Investitionszuschüsse* zeigt die Zusammensetzung der Jahresbewegung.

Investitionszuschüsse	in EUR
Stand am 1.1.2023	48.539.844,62
Abgang Spaltung	56.538,00
Auflösung	2.127.417,64
Zuführung	6.943.064,40
Stand am 31.12.2023	53.298.953,38

Um die österreichische Wirtschaft in Folge der Corona-Krise zu unterstützen, hat die Bundesregierung mit der Investitionsprämie einen Anreiz für Unternehmensinvestitionen geschaffen. Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft hat für Investitionen, deren erste Maßnahmen im Zeitraum vom 1. August 2020 bis zum 31. Mai 2021 erfolgten, Förderanträge in Höhe von einem Investitionsvolumen von 24,6 Millionen Euro gestellt. Die Ausbezahlung der Investitionsprämie erfolgte nach Inbetriebnahme aller Investitionsmaßnahmen und nach erfolgter Abrechnung in den Jahren 2022 und 2023. Im laufenden Geschäftsjahr wurden Investitionsprämien in Höhe von 1.012.856,67 Euro ausbezahlt.

Baukostenzuschüsse

Inhalt dieser Position sind hauptsächlich von Strom-, Wasser- und Kanalkund:innen vereinnahmte Finanzierungsbeiträge. Sie werden über einen Zeitraum von 20 Jahren ertragswirksam aufgelöst.

Die Entwicklung der *Baukostenbeiträge* zeigt die Zusammensetzung der Jahresbewegung:

Baukostenbeiträge	in EUR
Stand am 1.1.2023	50.421.819,97
Auflösung	5.388.152,61
Zuführung	5.548.183,71
Stand am 31.12.2023	50.581.851,07

Rückstellungen

Die *sonstigen Rückstellungen* enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge für den Deponiebetrieb Ahrental in Höhe von 15.311.576,00 Euro (18.252,6 TEuro), für noch nicht verbrauchte Urlaube und Zeitguthaben in Höhe von 5.586.140,00 Euro (4.928,2 TEuro), für Jubiläumsgelder in Höhe von 3.481.115,00 Euro (3.312,9 TEuro), für etwaige Strompreistrückforderungen aus den Strompreiserhöhungen ab 2022 in Höhe von 16.500.000,00 Euro (0,0 TEuro), für die Vergünstigung des Strombezugs von Mitarbeiter:innen in Höhe von 2.499.611,00 Euro (2.539,7 TEuro) sowie für mögliche Schadensfälle aus der Errichtung von diversen Anlagen in Höhe von 1.527.000,00 Euro (1.466,0 TEuro).

In Anbetracht der steigenden Anzahl an Contracting-Anlagen und der damit zunehmenden Reparaturaufwendungen wurde bereits im Wirtschaftsjahr 2020 eine Rückstellung für zukünftige Großreparaturen gebildet. Der Stand dieser Rückstellung beträgt zum 31. Dezember 2023 326.433,00 Euro (396,9 TEuro).

Der Stand an Rückstellungen im Zusammenhang mit den vorzeitig beendeten Cross-Border-Leasing-Geschäften zum 31. Dezember 2023 beträgt 189.815,57 Euro (217,3 TEuro).

Verbindlichkeiten

Die erforderlichen Angaben gemäß § 237 Abs 1 Z. 5 UGB werden im Verbindlichkeitspiegel zusammengefasst.

Verbindlichkeitspiegel 2023 in EUR	Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren § 237 Abs 1 Z. 5 UGB	
	Berichtsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	10.186.996,54
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	180.426,46	247.493,21
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	33.786,56	42.312,69
SUMME	214.213,02	10.476.802,44

In den *Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen* sind Verbindlichkeiten an die OeMAG – Abwicklungsstelle für Ökostrom AG – in Höhe von 92.019,76 Euro (354,2 TEuro) enthalten. Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft hat die Verbindlichkeit gegenüber der OeMAG mittels Garantieerklärung besichert.

Die *Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen* betreffen mit 1.428.813,12 Euro (905,4 TEuro) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, mit 10,0 Millionen Euro ein Gesellschafterdarlehen, mit 32.667.370,40 Euro (35.639,0 TEuro) Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pooling und mit 4.706.089,59 Euro (3.569,0 TEuro) sonstige Verbindlichkeiten. Die unter diesem Posten erfassten Verbindlichkeiten gegenüber den Gruppenmitgliedern resultieren aus Ergebnisabführungsverträgen sowie aus Steuerumlagevereinbarungen.

Die *Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht*, betreffen überwiegend Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 11.929.481,94 Euro (9.399,9 TEuro) und Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pooling mit 90.000,00 Euro (90,0 TEuro).

Unter dem Posten *sonstige Verbindlichkeiten* sind Aufwendungen mit einem Betrag von 2.232.342,89 Euro (550,6 TEuro) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die folgende Aufstellung zeigt die Zusammensetzung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten zum Stichtag.

	2023 EUR	2022 EUR
Mietzinsvorauszahlungen	5.461.786,80	799.108,93
Diverse andere	832.280,51	827.294,86
SUMME	6.294.067,31	1.626.403,79

Haftungsverhältnisse

	Stand 31.12.2023	davon gegenüber verbundenen Unternehmen
	EUR	EUR
aus Garantien	1.818.256,99	0,00
aus Patronatserklärungen	280.546,58	0,00
SUMME	2.098.803,57	0,00

Die Garantien bestehen aus Garantieerklärungen an die OeMAG für Stromlieferungen und an Kund:innen zur Sicherung allfälliger Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche.

Eine Patronatserklärung hat die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft der Raiffeisenbank Wipptal eGen für einen Kredit der Firma Bio Heizwerk Steinach a.Br. GmbH gewährt.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge**

Die Umsatzerlöse in Höhe von 265.744.610,21 Euro setzen sich wie folgt zusammen:

in TEUR	Berichtsjahr	Vorjahr
Strom	154.870,20	124.549,91
Wasser	17.584,99	17.344,02
Kanal	14.760,52	14.064,94
Klärwerk	12.080,78	11.385,75
Abfallentsorgung	10.789,67	9.993,61
Abfallsammlung	14.044,25	13.401,26
Bäder	3.578,45	3.185,87
Telekommunikation	11.249,29	10.636,28
Energieservices	23.159,44	17.716,31
Zentraler Bereich	3.627,02	3.206,07
SUMME	265.744,61	225.484,02

Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland erzielt. In den *übrigen sonstigen betrieblichen Erträgen* sind mit 2.413.267,74 Euro (2.404,9 TEuro) die Auflösung von Wertberichtigungen, Zuschüssen und Subventionen, mit 388.737,04 Euro (365,7 TEuro) Erträge aus Schadensvergütungen und mit 247.755,63 Euro (293,3 TEuro) Zinserträge aus Investitionszuschüssen der Kommunalkredit Public Consulting GmbH enthalten.

Personalaufwand/Personalstellungsaufwand

Die Summe der *Lohn- und Gehaltsaufwendungen*, für *gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben* sowie vom *Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge* und für *sonstige Sozialaufwendungen* beträgt 51.911.784,00 Euro (44.916,0 TEuro).

In der Position *Löhne* sind Zuführungen aus der Rückstellung für Jubiläum in Höhe von 24.359,00 Euro (Zuführung 61,9 TEuro) und in der Position *Gehälter* Zuführungen aus der Rückstellung für Jubiläum in Höhe von 252.361,00 Euro (Zuführung 196,3 TEuro) enthalten.

Die *Abfertigungs- und Pensionsaufwendungen* unter Berücksichtigung der unter diesen Posten ausgewiesenen Rückstellungsveränderungen belaufen sich auf 1.793.587,23 Euro (1.863,9 TEuro). Auf die Mitglieder des Vorstandes entfallen im Jahr 2023 Abfertigungs- und Pensionsaufwendungen in Höhe von 79.709,43 Euro (50,9 TEuro). Bei der Pensionsrückstellung kam es zu einer Auflösung von 174.392,00 Euro (Zuführung 352,9 TEuro).

In den Aufwendungen für *Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen* sind Aufwendungen für Abfertigungen in Höhe von 730.645,41 Euro (Aufwendungen 444,3 TEuro) enthalten. Das *Personalstellungsentgelt* in Höhe von 10.748.432,23 Euro (11.362,3 TEuro) für die zur Dienstverwendung an die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft abgestellten Beamt:innen und Vertragsbediensteten setzt sich aus dem Faktor Aktivbezug, dem Faktor Pensions- und Abfertigungszuschlag und dem Faktor Gewinnzuschlag zusammen. Im Personalstellungsaufwand ist unter anderem eine Auflösung von 108.461,00 Euro (Auflösung 86,2 TEuro) für die Rückstellung Jubiläum enthalten.

Abschreibungen

Die *planmäßigen Abschreibungen* betreffen zur Gänze Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen und sind im Anlagenspiegel dargestellt. Im Wirtschaftsjahr 2023 gab es keine *außerplanmäßigen Abschreibungen* (Vorjahr 0,0 TEuro).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Unter den *übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen* werden Instandhaltungsaufwand, Aufwand für Nachsorge und Rekultivierung, Rechts- und Beratungskosten, Werbeaufwendungen, Telekommunikationsaufwand, Mieten, Versicherungen, Forderungsabschreibungen und sonstige Schadensfälle sowie Geldverkehrsspesen erfasst.

Gemäß § 238 Abs 1 Z. 18 UGB sind die auf das Geschäftsjahr entfallenden *Aufwendungen für den Abschlussprüfer* anzugeben. Auf die Abschlussprüfung sind 97.500,00 Euro (81,3 TEuro) und auf diverse andere Leistungen 40.775,00 Euro (9,5 TEuro) entfallen.

Finanzergebnis

Aufgrund von Ergebnisabführungsverträgen sind in den *Aufwendungen aus Finanzanlagen* Aufwendungen aus Gewinngemeinschaften in Höhe von 3.995.340,08 Euro (2.676,3 TEuro) enthalten.

In den *Erträgen aus Beteiligungen* sind Dividendenausschüttungen von der Recycling Innsbruck GmbH in Höhe von 60.000,00 Euro (50,0 TEuro), von der Bauentsorgungsgesellschaft mbH in Höhe von 98.000,00 Euro (98,0 TEuro), von der Abfallbehandlung Ahrental GmbH in Höhe von 250.000,00 Euro (350,0 TEuro) und von der Naturstrom Mühlau GmbH 620.000,00 Euro (155,0 TEuro) enthalten. Weiters erfolgte im Wirtschaftsjahr 2023 eine Ergebnisübernahme der Mussmann GmbH. in Höhe von 120.400,42 Euro.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

In den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sind Erträge in Höhe von 36.389,51 Euro (0,0 TEuro) enthalten, die einem anderen Geschäftsjahr zuzuordnen sind.

V. BERICHTERSTATTUNG GEMÄSS ELEKTRIZITÄTSWIRTSCHAFTS- UND -ORGANISATIONSGESETZ (EIWOG)

Nach dem Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (EIWOG 2010) hat die Darstellung des Jahresabschlusses auch nach Aktivitäten iSd. § 8 (2) EIWOG zu erfolgen.

Die Aktivitäten der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft gliedern sich im Strombereich in Erzeugung und Verteilung sowie in sonstige Aktivitäten. Dem Erzeugungsbereich wurden die gesamten Kraftwerksanlagen zugeordnet, weiters die Kosten des Strombezuges sowie die Energieerlöse. Aus Sicht des integrierten Elektrizitätsunternehmens umfasst der Begriff „Erzeugung“ damit sowohl die Eigenerzeugung als auch den Strombezug und -vertrieb. Dem Bereich Verteilung der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG wurden die Strom-Verteilungsanlagen sowie die damit zusammenhängenden Aufwendungen und Erlöse zugeordnet. Die sonstigen Aktivitäten umfassen die Geschäftsfelder Wasser, Abwasser, Abfall, Telekommunikation, Bäder, Energieservices und den Zentralbereich. Vom Zentralbereich werden Serviceleistungen erbracht sowie übergeordnete Aufgaben im Bereich der Führung und Steuerung des Unternehmens wahrgenommen.

Die aktivitätsbezogenen Bilanzen und Ergebnisrechnungen gemäß EIWOG stellen sich bei der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft wie folgt dar:

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2023 GEM. § 8 EIWOG	Erzeugung TEUR	Verteilung TEUR	Sonstige Aktivitäten TEUR	IKB- GESAMT TEUR
AKTIVA				
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	647	6.211	3.022	9.880
II. Sachanlagen	50.888	132.812	329.286	512.986
III. Finanzanlagen	5.470	1.869	7.821	15.160
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	57.005	140.892	340.129	538.026
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Vorräte	116	1.532	3.740	5.388
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	122.193	28.503	135.824	286.520
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	28.291	9.668	40.682	78.641
SUMME UMLAUFVERMÖGEN	150.600	39.703	180.246	370.549
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	78	36	142	256
D. LATENTE STEUERN	0	0	0	0
SUMME AKTIVA	207.683	180.631	520.517	908.831
PASSIVA				
EIGENKAPITAL				
I. Grundkapital	3.556	4.491	1.953	10.000
II. Kapitalrücklagen	17.569	22.264	153.600	193.433
III. Gewinnrücklagen	47.320	49.405	82.276	179.001
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	72.203	50.817	-110.020	13.000
davon Gewinnvortrag/Verlustvortrag	72.938	46.353	-119.291	0
SUMME EIGENKAPITAL	140.648	126.977	127.809	395.434
B. INVESTITIONSZUSCHÜSSE	2.876	5.466	44.957	53.299
C. BAUKOSTENBEITRÄGE	0	27.176	23.406	50.582
D. RÜCKSTELLUNGEN	22.516	4.549	30.326	57.391
E. VERBINDLICHKEITEN	41.393	16.388	288.050	345.831
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	250	75	5.969	6.294
SUMME PASSIVA	207.683	180.631	520.517	908.831

Die Bilanzsumme in obiger Darstellung weicht vom unternehmensrechtlichen Jahresabschluss aufgrund des Ansatzes von „*Internen Forderungen und Verbindlichkeiten*“ zwischen den einzelnen Aktivitätsbereichen ab. Im Regelfall erfolgt in der Bilanz sowie in der Ergebnisrechnung eine direkte Zuordnung auf die einzelnen Aktivitäten. In jenen Fällen, in denen nur ein mittelbarer Sachbezug zu den einzelnen Aktivitäten vorlag bzw. in denen aufgrund des hohen Integrationsgrades direkte Erfassungen und Zuordnungen nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich wären, wurde die Zuordnung durch Schlüsselung auf Basis sach- und verursachungsgerechter Bezugsgrößen vorgenommen. Bereichsübergreifendes Sachanlagevermögen wurde dem überwiegenden Bereich bzw. dem Zentralbereich zugeordnet und die anteiligen Kosten durch innerbetriebliche Leistungsverrechnungen an die übrigen Bereiche weiterverrechnet. Das Eigenkapital ist als Residualwert, der nach der Zuordnung aller anderen Bilanzpositionen verbleibt, verteilt.

ERFOLGSRECHNUNG 2023 GEM. § 8 EIWOG	Erzeugung	Verteilung	Konsolidierung	Sonstige Aktivitäten	IKB-GESAMT
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse	93.958	52.660	-188	119.315	265.745
2. Veränderung des Bestands an noch nicht abrechenbaren Leistungen	0	0	0	488	488
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	52	3.658	0	3.557	7.267
4. Sonstige betriebliche Erträge	242	800	0	4.752	5.794
Innerbetriebliche Leistungsverrechnungen und Umlagen	98.115	2.296	-8.884	-91.527	0
BETRIEBSLEISTUNG (Summe Z. 1–4)	192.367	59.414	-9.072	36.585	279.294
5. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen	-57.483	-16.267	208	-32.752	-106.294
6. Personalaufwand	-2.740	-11.110	0	-39.855	-53.705
7. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.082	-12.627	0	-18.621	-33.330
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-24.973	-8.868	188	-34.330	-67.983
Innerbetriebliche Leistungsverrechnungen und Umlagen	-103.348	-6.178	8.676	100.850	0
BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN (Summe Z. 5–8)	-190.626	-55.050	9.072	-24.708	-261.312
9. BETRIEBSERFOLG (Summe Z. 1–8)	1.741	4.364	0	11.877	17.982
10. Erträge aus Beteiligungen	371	127		650	1.148
11. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	6	2		9	17
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	196	64		1.059	1.319
13. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	1.289	441		1.843	3.573
14. Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	0		-3.995	-3.995
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-545	-203		-780	-1.528
16. FINANZERGEBNIS (Summe Z. 10–15)	1.317	431	0	-1.214	534
17. ERGEBNIS VOR STEUERN	3.058	4.795	0	10.663	18.516
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	267	171		427	865
19. ERGEBNIS NACH STEUERN	3.325	4.966	0	11.090	19.381

Die Umsatzerlöse aus Strom- bzw. Systemnutzungserlösen sind ebenso wie die damit korrespondierenden Kosten den entsprechenden Aktivitäten direkt zugeordnet. Aufwendungen und Erträge werden generell über Kosten- und Leistungsstellen erfasst und soweit möglich den Aktivitäten direkt zugerechnet. Aufwendungen und Erträge, bei denen eine direkte Zuordnung nicht oder nur unter unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist, werden den einzelnen Aktivitäten über interne Leistungsverrechnungen bzw. über Umlagen auf Basis sach- und verursachungsgerechter Bezugsgrößen zugerechnet. Diese Leistungsverrechnungen und Umlagen werden in der Zeile „Innerbetriebliche Leistungsverrechnungen und Umlagen“ saldiert dargestellt. Innerbetriebliche Verrechnungen von spartenübergreifenden Umsatzerlösen werden in einer eigenen Konsolidierungsspalte dargestellt.

VI. ANGABEN GEMÄSS § 78 ABS 1 UND ABS 2 ELWOG 2010

Die Summe der an Endkund:innen abgegebenen Energiemenge beträgt 561.963.334,80 kWh. Die Anteile an den verschiedenen Primärenergieträgern betragen lt. Stromkennzeichnung gemäß § 78 Abs 1 und Abs 2 ELWOG 2010 für die gelieferte Energie im Zeitraum von 1. Jänner 2023 bis 31. Dezember 2023:

ERGEBNIS DER STROMKENN- ZEICHNUNGSDOKUMENTATION	Innsbrucker Kommunalbetriebe AG			
	Versorger		Produkte	
	kWh	Prozent	100 % Wasserkraft Prozent	IKB-Strom Prozent
Wasserkraft	541.068.057	96,28 %	100,00 %	94,44 %
Windenergie	15.755.678	2,80 %	0,00 %	4,19 %
Sonnenenergie	3.592.724	0,64 %	0,00 %	0,96 %
Erneuerbare Gase (Bio-, Deponie- und Klärgas)	428.883	0,08 %	0,00 %	0,11 %
Biomasse (fest, flüssig und Abfall mit hohem biogenen Anteil)	1.117.944	0,20 %	0,00 %	0,30 %
Geothermische Energie	49	0,00 %	0,00 %	0,00 %
SUMME der abgegebenen Strommengen	561.963.335	100,00 %	100,00 %	100,00 %
URSPRUNGSLAND DER HERKUNFTSNACHWEISE				
Österreich		62,67 %	100,00 %	44,20 %
Norwegen		37,33 %	0,00 %	55,80 %
SUMME der Ursprungsländer		100,00 %	100,00 %	100,00 %
UMWELTAUSWIRKUNGEN DER STROMPRODUKTE				
CO ₂ -Emissionen (g/kWh)		0,0	0,0	0,0
Radioaktiver Abfall (mg/kWh)		0,0	0,0	0,0
AUSMASS DES GEMEINSAMEN HANDELS VON STROM UND HERKUNFTSNACHWEISEN				
Gemeinsam gehandelter Strom und Herkunftsnachweis		62,67 %	100,00 %	44,20 %
Herkunftsnachweise		37,33 %	0,00 %	55,80 %
SUMME		100,00 %	100,00 %	100,00 %

VII. SONSTIGE ANGABEN

Angaben betreffend Konzernverhältnisse

Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft ist das konsolidierungspflichtige Mutterunternehmen der Unternehmensgruppe. Weiters ist die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft Gruppenträgerin im Sinne des § 9 KStG. Gemäß den Ergebnisabführungsverträgen mit der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH und mit der Musmann GmbH ist die Gesellschaft verpflichtet, das Ergebnis dieser Tochterunternehmen zu übernehmen.

Des Weiteren bestehen Steuerausgleichsvereinbarungen mit der Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H., der Innbus Regionalverkehr GmbH, der Naturstrom Mühlau GmbH, der Abfallbehandlung Ahrental GmbH, mit der DAWI Kanalservice GmbH, mit der Bio Heizwerk Steinach a.Br. GmbH, IKB Sonnenstrom GmbH, der Bodenaushubdeponie Ahrental GmbH und der e-laden Tirol GmbH.

Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft bildet eine umsatzsteuerliche Organschaft nach § 2 Abs 2 Z. 2 UStG 1994 mit der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH, Innbus GmbH, Innsbrucker Nordkettenbahnen GmbH, Innbus Regionalverkehr GmbH, Naturstrom Mühlau GmbH, Musmann GmbH, DAWI Kanalservice GmbH der IKB Sonnenstrom GmbH und seit dem Geschäftsjahr 2013 mit der e-laden Tirol GmbH.

Durch Beschluss des Aufsichtsrates in der Sitzung am 29. September 2015 wurde die Einführung eines Cash-Poolings mit der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft als Pool-Trägerin genehmigt. Zum 31. Dezember 2020 nehmen sieben Tochtergesellschaften am Cash-Pooling teil. Diese sind die drei in der ersten Stufe aufgenommenen Töchter Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H., die Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH sowie die DAWI Kanalservice GmbH und die drei in der zweiten Stufe im Jahr 2016 in den Cash-Pool aufgenommenen Firmen Abfallbehandlung Ahrental GmbH, Musmann GmbH und Recycling Innsbruck GmbH. Im Jahr 2019 wurde die IKB Sonnenstrom GmbH, im Jahr 2022 die Innbus GmbH, die Innbus Regionalverkehr GmbH und die Innsbrucker Nordkettenbahnen GmbH in den Pool aufgenommen. Die im Jahr 2023 neu gegründete e-laden Tirol GmbH ist mit der Vereinbarung über die Durchführung eines Liquiditätsausgleiches vom 14. Juni 2023 dem Cash-Pooling der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft beigetreten.

Die Durchführung der Cash-Poolings erfolgt bis auf die Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H. und die Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH bei allen Tochtergesellschaften über ein automatisches Cash-Pooling.

Anzahl Mitarbeiter:innen

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer:innen betrug im Geschäftsjahr 2023:

	Berichtsjahr	Vorjahr
Angestellte	492	472
- davon gestelltes Personal	61	71
Arbeiter:innen	255	248
- davon gestelltes Personal	39	44
Lehrlinge	39	40
SUMME	786	760

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Als kommunales Versorgungsunternehmen wird die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft die sichere Grundversorgung mit Strom, Wasser und Internet sowie die verlässliche Entsorgung von Abfall und Abwasser weiterhin gewährleisten. In Folge der Kriegshandlungen in der Ukraine sind ab dem Jahr 2022 die Energiepreise stark gestiegen. Auch wenn zwischenzeitlich wieder eine Beruhigung auf den Energiemärkten eingetreten ist, werden weiterhin von der Öffentlichkeit Maßnahmen zur Entlastung der Verbraucher:innen gefordert. Für drohende Rückzahlungen an Kund:innen aufgrund der Strompreiserhöhungen in den Jahren 2022 und 2023 wurde im Wirtschaftsjahr eine Rückstellung gebildet. Die finanziellen Auswirkungen der energie-wirtschaftlichen Entwicklung und der Forderung nach weiteren Strompreissenkungen auf das Ergebnis im Jahr 2024 können derzeit nur grob abgeschätzt werden. Die berechneten Planwerte zeigen, dass mit einem positiven Jahresergebnis 2024 zu rechnen sein wird. Der Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen auf die

Energiepreise sowie mögliche weitere Entlastungen für die Verbraucher:innen und die Entwicklung der Eigen-erzeugung beeinflussen die geplante Ergebnisentwicklung stark. Trotzdem ist auch aufgrund der vorhandenen Liquidität der Fortbestand des Unternehmens gesichert.

Organe der Gesellschaft

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes betrugen im Geschäftsjahr 2023 851.368,40 Euro (816,9 TEuro). Die Aufschlüsselung der Angabe der Bezüge oder der Hinterbliebenenbezüge von früheren Mitgliedern des Vorstandes unterbleibt nach § 242 Abs 4 UGB. An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden 41.500,00 Euro (40,8 TEuro) an Aufwandsentschädigungen und Aufsichtsratsvergütungen geleistet.

Der *Vorstand* der Gesellschaft setzt sich im Geschäftsjahr 2023 wie folgt zusammen:

- **DI Helmuth Müller** Vorsitzender
- **DI Thomas Pühringer**
- **DI Thomas Gasser, MBA**

Der *Aufsichtsrat* setzt sich im Geschäftsjahr 2023 aus folgenden Personen zusammen:

- **Prof. Dr. Andreas Altmann** Vorsitzender
- **Mag. Dr. Erich Entstrasser** Stellvertreter des Vorsitzenden
- **DI Johann Herdina** bis 15. Jänner 2023
- **Mag. Hermann Meysel**
- **Mag. David Nagiller, B.Ed.**
- **Mag.^a Sonja Pitscheider**
- **DI Alexander Speckle** seit 16. Jänner 2023
- **Mag. Markus Stoll**
- **Andreas Wanker**

Vom *Betriebsrat* entsandt:

- **Christoph Martinier**
- **Markus Paratscher**
- **Daniela Staud**
- **Ing. Michael Tassenbacher**

Innsbruck, am 25. April 2024



DI Helmuth Müller
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. Thomas Pühringer
Mitglied des Vorstandes



DI Thomas Gasser, MBA
Mitglied des Vorstandes

BESTÄTIGUNGSVERMERK

BERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der

**Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft,
Innsbruck,**

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2023 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen rechnungslegungsbezogenen Bestimmungen des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (ELWOG) 2010.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und berufsrechtlichen Vorschriften, und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise bis zum Datum dieses Bestätigungsvermerkes ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen rechnungslegungsbezogenen Bestimmungen des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (ELWOG) 2010 ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen

einzelnen oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist aufgrund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen rechnungslegungsbezogenen Bestimmungen des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (ELWOG) 2010.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Lagebericht festgestellt.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Michael Ahammer.

Innsbruck, am 26. April 2024



Mag. Michael Ahammer Wirtschaftsprüfer
KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft hat in seiner Sitzung am 27.06.2024 nach Vorberatung im Prüfungsausschuss in seiner Sitzung am 14.06.2024 und unter Verweis auf den Bericht der Abschlussprüferin KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft einstimmig den Beschluss gefasst, der Hauptversammlung den nachfolgenden Bericht über das Geschäftsjahr 2023 zu erstatten:

Der für das Geschäftsjahr 2023 verantwortliche Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr 2023 in fünf Aufsichtsratssitzungen, in vier Sitzungen des Präsidialausschusses und in zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben und Befugnisse wahrgenommen.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Aufsichtsrat im Berichtsjahr dem Verkauf der Geschäftsanteile an der TIGAS-Erdgas Tirol GmbH und der Abspaltung des Betriebes öffentliche und semi-öffentliche Ladeinfrastruktur zur Aufnahme in die e-laden Tirol GmbH sowie den beiden großen Investitionsprojekten Trinkwasserstollen Mühlau und Anbindung des Abwasserverbandes Stubaital an die Abwasserreinigungsanlage Innsbruck.

Zur weiteren Verbesserung der Corporate Governance hat der Aufsichtsrat gemeinsam mit dem Vorstand im Geschäftsjahr 2023 für das Berichtsjahr 2022 zum dritten Mal einen gesonderten Corporate Governance Bericht hinsichtlich der – teilweise gegenüber den gesetzlichen Anforderungen hinausgehenden – Bestimmungen der Corporate Governance-Leitlinien für Beteiligungsunternehmen der Landeshauptstadt Innsbruck erstellt, der dem Prüfungsausschuss zur Prüfung vorgelegt und auf der Webseite des Unternehmens veröffentlicht wurde. Die letzte externe Prüfung des Corporate Governance Berichts erfolgte für den für das Berichtsjahr 2020 vorgelegten Bericht durch die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kudlichstraße 41, 4020 Linz.

Die Geschäftsführung des Vorstandes wurde vom Aufsichtsrat laufend aufgrund mündlicher und schriftlicher Berichterstattung über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens kritisch begleitet. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat die jeweils zu bestimmten Geschäften erforderlichen Zustimmungen erteilt. Der Vorstand hat dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates monatlich und darüber hinaus gemäß § 81 AktG bei wichtigen Anlässen jeweils mündlich oder schriftlich berichtet.

Die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kudlichstraße 41, 4020 Linz, hat den Jahresabschluss 2023 und den Konzernabschluss 2023 sowie den Lagebericht und den Konzernlagebericht des Vorstandes geprüft. Sie hat über das Ergebnis der Prüfung schriftlich berichtet und jeweils den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Nach Vorberatung im Prüfungsausschuss, die unter Beiziehung der Abschlussprüferin erfolgt ist, hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und den Konzernabschluss, den Lagebericht und den Konzernlagebericht sowie den Vorschlag für die Gewinnverteilung in seiner Sitzung vom 27.06.2024 gebilligt. Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss, jeweils zum 31.12.2023, sind damit gemäß § 96 Abs 4 AktG festgestellt.

Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, die Firma KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft mit dem Sitz in 4020 Linz, Kudlichstraße 41, zur Abschlussprüferin der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2024 zu bestellen.

Abschließend dankt der Aufsichtsrat dem Vorstand für das erreichte, wiederum sehr erfreuliche Ergebnis. Der gesamten Belegschaft werden Dank und Anerkennung für die erbrachte Tätigkeit und die gedeihliche Zusammenarbeit im Interesse des Unternehmens ausgesprochen.

Innsbruck, am 27.06.2024



Prof. Dr. Andreas Altmann
Vorsitzender des Aufsichtsrates

CORPORATE-GOVERNANCE- BERICHT DER INNSBRUCKER KOMMUNALBETRIEBE AKTIENGESELLSCHAFT

für das Geschäftsjahr 2023

1. VORWORT

Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft (IKB) ist eine österreichische Aktiengesellschaft. Die Grundlagen für ihre Corporate Governance finden sich im österreichischen Recht, insbesondere im Aktiengesetz, in der Satzung der IKB, in den Corporate-Governance-Leitlinien für Beteiligungsunternehmen der Landeshauptstadt Innsbruck (CGLL) sowie in den Geschäftsordnungen der sozietären Organe.

Corporate Governance verfolgt das Ziel einer verantwortungsbewussten, auf nachhaltige und langfristige Schaffung von Werten ausgerichteten Leitung und Kontrolle von Unternehmen. Auf diese Weise sollen die vom Erfolg des Unternehmens abhängigen Interessen gewahrt werden.

Der Aufsichtsrat erstattet der Hauptversammlung jährlich einen Bericht im Sinne des § 96 AktG über seine Tätigkeit. Schon in der Vergangenheit wurden Informationen zu den Organen der Gesellschaft und den dort tätigen Personen sowie zu ihrer Vergütung im Geschäftsbericht veröffentlicht. Dieser enthält jährlich auch den Bericht des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung. Der vorliegende „Corporate-Governance-Bericht der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2023“ fasst diese und weitere Informationen, wie sie aufgrund einschlägiger Rechtsnormen sowie der am 25. April 2019 vom Innsbrucker Gemeinderat beschlossenen Corporate-Governance-Leitlinien für Beteiligungsunternehmen der Landeshauptstadt Innsbruck bereitzustellen sind, in einem eigenen Bericht zusammen. Die Beteiligungsunternehmen der IKB erstatten gesonderte Berichte, soweit diese dem Anwendungsbereich der CGLL unterliegen.

Organe der Gesellschaft im Sinne dieses Berichts sind der Aufsichtsrat und der Vorstand. Die Aktionärinnen Landeshauptstadt Innsbruck und TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG nehmen ihre Rechte als Anteilseignerinnen des Unternehmens in der Hauptversammlung wahr. Im Geschäftsjahr 2023 fand eine ordentliche Hauptversammlung am 30. Juni 2023 statt. Die ordentliche Hauptversammlung behandelte den Jahres- und Konzernabschluss 2022, die Gewinnverwendung (§ 104 Abs 2 Z 1 AktG), den Bericht des Aufsichtsrates gemäß § 96 Abs 1 AktG sowie den Corporate-Governance-Bericht für das Geschäftsjahr 2022. Darüber hinaus wurde die Entlastung der Mitglieder des Vorstandes und der Mitglieder des Aufsichtsrates sowie die Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2023 gefasst. Weiters fanden zwei außerordentliche Hauptversammlungen am 16. Jänner 2023 sowie am 7. August 2023 statt. Die Entscheidungen der Hauptversammlung werden in einer notariellen Niederschrift beurkundet (§ 120 AktG in Verbindung mit § 87 NO).

2. BEKENNTNIS ZU DEN LEITLINIEN

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der IKB sind den Grundsätzen guter Corporate Governance verpflichtet und entsprechen damit den Erwartungen der Stakeholder hinsichtlich einer verantwortungsbewussten, nachhaltigen und langfristig orientierten Unternehmensführung und -kontrolle. Die IKB bekennt sich zu den Corporate-Governance-Leitlinien für Beteiligungsunternehmen der Landeshauptstadt Innsbruck, soweit sie auf die IKB anwendbar sind. Vorstand und Aufsichtsrat erklären, dass sie bei der Ausübung ihrer Funktionen die Leitlinien im Geschäftsjahr 2023 angewandt und nach Maßgabe der in diesem Bericht angeführten Erläuterungen (insbesondere unten Pkt. 10) beachtet haben.

3. ZUSAMMENWIRKEN VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung einschließlich der Risikolage, des Risikomanagements und wesentlicher Konzernunternehmen der IKB in regelmäßig stattfindenden Aufsichtsratssitzungen sowie im Rahmen der quartalsmäßigen Berichterstattung.

Aus wichtigem Anlass berichtet der Vorstand dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates unverzüglich. Außerdem berichtet er dem Aufsichtsrat unverzüglich über Umstände, die für die Rentabilität und Liquidität der Gesellschaft von erheblicher Bedeutung sind.

Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Aufsichtsrat ab. In regelmäßigen Abständen wird der Stand der Strategieumsetzung mit dem Aufsichtsrat erörtert.

Die Organmitglieder unterliegen im Rahmen ihrer Organtätigkeit einer strengen Vertraulichkeitsverpflichtung. § 9 der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates sowie § 9 der Geschäftsordnung des Vorstandes verpflichten jeweils zur Geheimhaltung aller bei Wahrnehmung der Funktion zukommenden Informationen als Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse. Die jeweilige Geheimhaltungsverpflichtung wirkt zudem auch über den Zeitraum der Zugehörigkeit zum Organ hinaus.

Unterlagen für Aufsichtsratssitzungen stehen im Regelfall eine Woche vor der jeweiligen Sitzung zur Verfügung.

Für Organmitglieder und leitende Angestellte der IKB besteht eine aufrechte D&O-Versicherung in angemessenem Ausmaß. Die Versicherungsdeckung erstreckt sich zudem auch auf das Management der Tochtergesellschaften sowie die Abfallbehandlung Ahrental GmbH und die Recycling Innsbruck GmbH. Die Kosten werden vom Unternehmen getragen.

Geschäfte zwischen der IKB und deren Aufsichtsrats- bzw. Vorstandsmitgliedern unterliegen unter Beachtung der geltenden Rechtslage sowie der bestehenden Richtlinien einem besonderen Sorgfaltsmaßstab, wodurch das Auftreten von Interessenkonflikten vermieden werden soll. Im Geschäftsjahr 2023 wurden in diesem Sinne keine Geschäfte zwischen der IKB und den Mitgliedern des Aufsichtsrates bzw. des Vorstandes abgewickelt, die nicht auch anderen Kund:innen oder Geschäftspartner:innen in gleicher Weise offenstehen. Im Geschäftsjahr 2021 wurden Prozesse erarbeitet, die sicherstellen, dass „Related Party Transactions“ iSd § 238 Abs 1 Z 12 UGB standardisiert unter erhöhtem Sorgfaltsmaßstab geprüft und abgewickelt werden. Diese Prozesse und Kontrollen wurden für das Geschäftsjahr 2023 entsprechend den Vorgaben durchgeführt und in den Anhang des Jahresabschlusses 2023 erneut eine ausdrückliche Erklärung gemäß § 238 Abs 1 Z 12 UGB aufgenommen.

4. VORSTAND

4.1. Aufgaben, Zuständigkeit und Arbeitsweise

Gemäß österreichischem Aktiengesetz leitet der Vorstand der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft die Gesellschaft unter eigener Verantwortung, wie es das Wohl des Unternehmens unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmer:innen, der Aktionär:innen sowie der Öffentlichkeit erfordert. Kollegialität, Offenheit, ständiger Informationsaustausch und kurze Entscheidungswege zählen dabei zu den obersten Prinzipien. Dabei ist der Vorstand im Rahmen der Führung des Unternehmens an die Vorschriften der Gesetze, die Satzung sowie die vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung für den Vorstand (§ 9 Abs 3 Satzung) gebunden und wahrt die Gebote der Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit sowie der Sparsamkeit. Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt stets in kollektiver Vertretungsbefugnis (Vier-Augen-Prinzip). Kein Mitglied des Vorstandes ist zur selbständigen Vertretung befugt.

Der Vorstand berät in wöchentlichen Sitzungen den aktuellen Geschäftsverlauf, trifft im Rahmen dieser Sitzungen die notwendigen Entscheidungen und fasst die erforderlichen Beschlüsse. Die Mitglieder des Vorstandes befinden sich in ständigem gegenseitigen Informationsaustausch untereinander und mit den zuständigen Organisationseinheiten. Die Satzung, die Geschäftsordnung des Aufsichtsrates und des

Vorstandes legen unter anderem jene Geschäfte fest, für deren Durchführung die vorherige Genehmigung des Aufsichtsrates erforderlich ist.

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend. Aus wichtigem Anlass berichtet der Vorstand dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates unverzüglich.

4.2. Zusammensetzung des Vorstandes

Der Vorstand besteht aus drei Mitgliedern.

Name	Funktion	Geburtsjahr	Datum Erstbestellung (Funktionsbeginn)	Ende Funktionsperiode
DI Helmuth Müller	Vorsitzender des Vorstandes	1958	24.9.2010 (1.1.2011)	31.12.2025
DI Thomas Gasser, MBA	Mitglied des Vorstandes	1969	29.9.2015 (1.1.2016)	31.12.2025
Dr. Thomas Pühringer	Mitglied des Vorstandes	1972	19.6.2017 (1.1.2018)	31.12.2027

Ressortverteilung per 31. Dezember 2023

DI Helmuth Müller	DI Thomas Gasser, MBA	Dr. Thomas Pühringer
Energieservices Informationstechnologie Konzernrevision Kundenservice Management Service Marketing und Public Relations Personal Strom-Netz Unternehmensentwicklung und Innovation	Strom-Erzeugung Strom-Vertrieb	Abfallwirtschaft Abwasser Bäder Juristische Services Telekommunikation Wasser Zentrale Services
Vorstandsservices und Compliance ¹		

4.3. Organmandate und vergleichbare Funktionen

DI Helmuth Müller

Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H.
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH

DI Thomas Gasser, MBA

Mitglied des Vorstandes der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG
Mitglied des Aufsichtsrates der Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H.

Dr. Thomas Pühringer

Mitglied des Aufsichtsrates der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH
Mitglied des Aufsichtsrates der Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H.
Mitglied des Beirates der Abfallbehandlung Ahrental GmbH

Die Gesellschafterrechte in den Generalversammlungen der Tochtergesellschaften bzw. Beteiligungen der IKB werden jeweils durch zwei Vorstandsmitglieder oder ein Vorstandsmitglied und eine:n Prokurist:in wahrgenommen.

Neben den oben angeführten Organfunktionen der Vorstandsmitglieder üben diese keine Organfunktion oder Beratungsaufgabe aus, die einen Interessenkonflikt zur Tätigkeit als Vorstandsmitglied der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft begründen könnte.

¹ Die Abteilung Vorstandsservices und Compliance (Risikomanagement, Compliancemanagement, Qualitäts- und Prozessmanagement, Datenschutzmanagement, Informationssicherheitsmanagement) ist der fachlichen Führung des Gesamtvorstandes unterstellt. Die disziplinarische Führung des Leiters dieser Organisationseinheit wird vom Vorsitzenden des Vorstandes wahrgenommen.

4.4. Bestellung und Entlohnung der Mitglieder des Vorstandes

Die Mitglieder des Vorstandes wurden im Einklang mit den Bestimmungen des Stellenbesetzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 26/1998, bestellt. Alle Vorstandspositionen wurden öffentlich ausgeschrieben.

Im Geschäftsjahr 2023 wurde die Tätigkeit des Vorstandes mit 851.368,40 Euro vergütet. Die Festlegung des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder erfolgt unter Einhaltung der Vorgaben des Aktiengesetzes (§ 78 Abs 1) durch den Aufsichtsrat.

4.5. Berichtspflichten über Ereignisse im Unternehmen

Zusätzlich zu Jahresabschluss und Lagebericht berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat unter Einhaltung der Vorgaben in § 7 der Geschäftsordnung für den Vorstand über das Budget, die operative Planung und die Strategie sowie das Risikomanagement, das interne Kontrollsystem und die Überprüfungen durch die interne Revision. Unterjährig informiert der Vorstand den Aufsichtsrat vierteljährlich über die Lage und Entwicklung des Unternehmens. Über besondere Vorkommnisse von wesentlicher Bedeutung erstattet der Vorstand unverzüglich Bericht an den Aufsichtsrat bzw. dessen Vorsitzenden.

5. LEITENDE ANGESTELLTE IM UNTERNEHMEN

In der IKB werden nur dann Personen zu leitenden Angestellten bestellt, wenn sie über die für diese Funktion erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Vertretungsberechtigungen – wie Handlungsvollmacht oder Prokura – werden ausschließlich jenen Mitarbeiter:innen erteilt, die das uneingeschränkte Vertrauen des Vorstandes genießen und die Vertretungskompetenz zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Die Vergabe einer solchen Außenvertretungsbefugnis erfolgt nur an Mitarbeiter:innen, die bereits mindestens ein Jahr in der leitenden Funktion im Unternehmen tätig sind. Sowohl Prokura als auch Handlungsvollmacht können nur nach Zustimmung des Aufsichtsrates erteilt werden. Zum Kreis der leitenden Angestellten zählen die Geschäftsbereichsleiter:innen, Abteilungsleiter:innen und Stabsstellenleiter:innen. Im Geschäftsjahr 2023 zählten 40 Personen zum Kreis der leitenden Angestellten.

6. AUFSICHTSRAT

6.1. Aufgaben

Die wesentlichste Aufgabe des Aufsichtsrates ist die Auswahl und Bestellung bzw. allfällige Abberufung der Vorstandsmitglieder. Der Aufsichtsrat überwacht den Vorstand bei der Führung des Unternehmens regelmäßig und berät ihn in wesentlichen Angelegenheiten und Fragen. Er übt seine Tätigkeit auf Grundlage der Gesetze, der Satzung sowie der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates aus. Er erlässt überdies die Geschäftsordnung für den Vorstand, genehmigt das Budget und ist zur Feststellung des Jahresabschlusses berufen (§ 3 Geschäftsordnung Aufsichtsrat). Zudem trifft er alle Entscheidungen, die ihm aufgrund der Satzung und der Geschäftsordnungen des Aufsichtsrates und des Vorstandes vorbehalten sind.

6.2. Sitzungen des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2023 vier ordentliche und eine außerordentliche Sitzung abgehalten. Die Sitzungen des Aufsichtsrates und der Ausschüsse des Aufsichtsrates wurden teilweise als virtuelle Versammlungen unter Einhaltung der diesbezüglichen Vorschriften der gesellschaftsrechtlichen COVID-19-Verordnung (COVID-GesV), BGBl. II Nr. 140/2020 abgehalten.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Aufsichtsrat im Berichtsjahr dem Verkauf der Geschäftsanteile an der TIGAS-Erdgas Tirol GmbH und der Abspaltung des Betriebes öffentliche und semi-öffentliche Ladeinfrastruktur zur Aufnahme in die e-laden Tirol GmbH sowie den beiden großen Investitionsprojekten Trinkwasserstollen Mühlau und Anbindung des Abwasserverbandes Stubaital an die Abwasserreinigungsanlage Innsbruck.

6.3. Zusammensetzung des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft besteht aus insgesamt zwölf Personen – acht von der Hauptversammlung gewählte Kapitalvertreter:innen und vier vom Betriebsrat entsandte Arbeitnehmervertreter:innen.

Dem Aufsichtsrat haben im Berichtsjahr folgende Mitglieder angehört:

Mitglieder des Aufsichtsrates	Geburtsjahr	Datum Erstbestellung	Planmäßiges Ende Funktionsperiode
Prof. Dr. Andreas Altmann Vorsitzender	1963	2.7.2021	Ord. HV 2026
Mag. Dr. Erich Entstrasser Stellvertretender Vorsitzender	1960	8.3.2013	Ord. HV 2026
DI Johann Herdina	1957	8.1.2016	16.01.2023
DI Alexander Speckle	1969	16.1.2023	Ord. HV 2026
Mag. Hermann Meysel	1964	6.3.2014	Ord. HV 2026
Mag. David Nagiller, B.Ed.	1979	2.7.2021	Ord. HV 2026
Mag. ^a Sonja Pitscheider	1969	2.7.2021	Ord. HV 2026
Mag. Markus Stoll	1969	20.2.2019	Ord. HV 2026
Andreas Wanker	1960	20.2.2019	Ord. HV 2026

Vom Betriebsrat gemäß § 110 ArbVG entsandt:

Mitglieder des Aufsichtsrates	Geburtsjahr	Datum der letzten Entsendung
Christoph Martiner	1980	2.4.2019
Markus Paratscher Vorsitzender des Betriebsrats	1972	2.4.2019
Daniela Staud	1986	1.7.2022
Ing. Michael Tassenbacher	1987	2.4.2019

Alle Mitglieder des Aufsichtsrates haben erklärt, keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei Mitbewerbern des Unternehmens auszuüben, die einen Interessenkonflikt begründen könnten. Keines der Mitglieder des Aufsichtsrates übt mehr als die in den CGLL festgelegte Obergrenze an Mandaten in Überwachungsorganen aus. Im Berichtsjahr gab es kein Mitglied des Aufsichtsrates, das an mehr als der Hälfte der Sitzungen nicht teilgenommen hat.

6.4. Ausschüsse des Aufsichtsrates

Gemäß § 11 Abs 3 der Satzung ist der Aufsichtsrat befugt, aus seiner Mitte Aufsichtsratsausschüsse zu bilden und deren Aufgaben und Befugnisse festzulegen. Derzeit existieren ein Präsidialausschuss sowie ein Prüfungsausschuss.

Präsidialausschuss

Dieser besteht laut Geschäftsordnung des Aufsichtsrates mindestens aus drei Mitgliedern, wobei dem Präsidialausschuss jedenfalls der Vorsitzende und der Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrates angehören müssen. Derzeit ist der Präsidialausschuss mit sieben Aufsichtsratsmitgliedern (fünf Kapitalvertreter:innen und zwei vom Betriebsrat entsandte Vertreter:innen) besetzt. Diesem Gremium obliegt die Vorberatung und -bereitung von wichtigen Entscheidungen des Aufsichtsrates, er wird vor jeder Sitzung des Aufsichtsrates einberufen (§ 8 Abs 3 Geschäftsordnung Aufsichtsrat). Der Präsidialausschuss kann auch in dringenden Fällen die dem Aufsichtsrat obliegende Zustimmung zu einzelnen Geschäften gegen nachträgliche Berichterstattung an den Aufsichtsrat erteilen, wenn andernfalls ein Nachteil für die Gesellschaft droht.

Dem Präsidialausschuss haben im Berichtsjahr folgende Mitglieder angehört:

- Prof. Dr. Andreas Altmann (Vorsitzender)
- Mag. Dr. Erich Entstrasser
- DI Johann Herdina (bis 16. Jänner 2023)
- DI Alexander Speckle (ab 16. Jänner 2023)
- Mag.^a Sonja Pitscheider
- Mag. Markus Stoll
- Markus Paratscher (Arbeitnehmer:innenvertreter)
- Ing. Michael Tassenbacher (Arbeitnehmer:innenvertreter)

Im Berichtsjahr 2023 haben vier Sitzungen des Präsidialausschusses stattgefunden.

Prüfungsausschuss

Dieser besteht laut Geschäftsordnung des Aufsichtsrates aus einer vom Aufsichtsrat festzusetzenden Anzahl an Mitgliedern. Dem Gremium muss zumindest eine Person angehören, die über die Anforderungen des Unternehmens entsprechende Kenntnisse und praktische Erfahrungen im Finanz- und Rechnungswesen sowie der Berichterstattung verfügt (Finanzexperte).

Zu den Kernaufgaben des Prüfungsausschusses zählen insbesondere die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems sowie des Risikomanagements, der Abschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung, die Prüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, die Erstattung des Berichts über das Ergebnis der Abschlussprüfung an den Aufsichtsrat, die Prüfung des Jahresabschlusses (Konzernabschlusses) und die Vorbereitung seiner Feststellung, die Prüfung des Vorschlages zur Gewinnverteilung, des Lageberichts (Konzernlageberichts) und des Corporate-Governance-Berichtes sowie die Erstattung des Berichts über die Prüfungsergebnisse an den Aufsichtsrat. Aufgabe des Prüfungsausschusses ist auch die Durchführung des Verfahrens zur Auswahl des Abschlussprüfers. Er tagt mindestens zweimal im Geschäftsjahr (§ 8a Abs 1 ff Geschäftsordnung Aufsichtsrat, § 92 Abs 4a AktG).

Dem Prüfungsausschuss haben im Berichtsjahr folgende Mitglieder angehört:

- Prof. Dr. Andreas Altmann (Vorsitzender, Finanzexperte)
- Mag. Dr. Erich Entstrasser (stellvertretender Vorsitzender)
- DI Johann Herdina (bis 16. Jänner 2023)
- DI Alexander Speckle (ab 16. Jänner 2023)
- Mag.^a Sonja Pitscheider
- Mag. Markus Stoll
- Markus Paratscher (Arbeitnehmervertreter)
- Ing. Michael Tassenbacher (Arbeitnehmervertreter)

Im Berichtsjahr haben zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses stattgefunden.

6.5. Aufgaben des Vorsitzenden des Aufsichtsrates

Grundsätzlich hält der Vorsitzende regelmäßigen Kontakt mit dem Vorstand und berät mit diesem in Vorbereitung der Sitzungen des Aufsichtsrates die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement. Er bereitet gemeinsam mit dem Vorstand die Sitzungen des Aufsichtsrates und die Sitzungen der Ausschüsse des Aufsichtsrates vor, leitet diese und verantwortet zusammen mit dem:der Protokollführer:in die Protokollerstellung. Auch koordiniert der Vorsitzende die Arbeit des Aufsichtsrates und vertritt ihn nach außen. Er leitet die Hauptversammlung.

Im Geschäftsjahr 2023 wurde vom Aufsichtsrat die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft wiederbestellt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates hat dieses Verfahren in Zusammenarbeit mit dem stellvertretenden Vorsitzenden vorbereitet und begleitet.

6.6. Vergütung von Mitgliedern des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2023 wurden an den Aufsichtsrat Vergütungen in Höhe von 41.500,00 Euro ausbezahlt. Grundsätzlich erhält jedes Aufsichtsratsmitglied neben dem Einsatz seiner baren Auslagen und einem

Anwesenheitsgeld für jede Sitzung (Sitzungsgeld) eine jährliche Aufwandsentschädigung (§ 16 Satzung). Die Höhe des Anwesenheitsgeldes und der Aufwandsentschädigung wird unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit sowie des Zeitaufwandes durch Beschluss der Hauptversammlung festgesetzt.

6.7. Qualifikation und Unabhängigkeit des Aufsichtsrates

Zu Mitgliedern des Aufsichtsrates werden nur Personen bestellt, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen und in der Lage sind, die Aufgaben eines Mitglieds des Aufsichtsrates wahrzunehmen. Alle Mitglieder des Aufsichtsrates geben vor Antritt der Funktion eine Erklärung gemäß § 87 Abs 2 AktG ab und bestätigen damit, dass keine Umstände bestehen, die die Besorgnis einer Befangenheit als Mitglied des Aufsichtsrates der IKB begründen könnten, sowie dass keine geschäftlichen oder persönlichen Beziehungen zur IKB oder dem Vorstand bestehen, die einen materiellen Interessenkonflikt begründen würden oder dazu geeignet wären, das Verhalten als Mitglied des Aufsichtsrates zu beeinflussen. Zur Bescheinigung der fachlichen Qualifikation, der beruflichen und wesentlichen sonstigen Funktionen zum Zeitpunkt der Wahl bringen die Aspirant:innen einen Lebenslauf bei.

Eine möglichst paritätische Zusammensetzung des Aufsichtsrates mit Frauen und Männern ist angestrebt. Im Geschäftsjahr 2023 wurde die Diversität im Aufsichtsrat aufrechterhalten. Dem Aufsichtsrat gehörte im Geschäftsjahr 2023 kein ehemaliges Mitglied des Vorstandes an, für das die zweijährige Frist seit dem Ausscheiden aus dem Vorstand noch nicht abgelaufen ist („Cooling-off“-Phase). Die Unabhängigkeit des Aufsichtsrates ist gewährleistet.

7. TRANSPARENZ

Von der IKB veröffentlichte Informationen, die das Unternehmen betreffen, werden auf der IKB-Internetseite unmittelbar für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Hierzu zählen insbesondere der integrierte Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht und der ab dem Geschäftsjahr 2020 als eigenständiges Dokument auf der Internetseite veröffentlichte Corporate-Governance-Bericht.

8. INTERNE REVISION

Die IKB verfügt über eine interne Revision. Diese ist als eigene Organisationseinheit direkt dem Vorstand unterstellt. Jährlich ergehen entsprechende zusammenfassende Berichte an den Prüfungsausschuss und den Aufsichtsrat. Der Jahresbericht der internen Revision wird nach Behandlung im Prüfungsausschuss durch den Aufsichtsrat beschlossen. Die interne Revision orientiert ihre Tätigkeit an den internationalen Standards für die berufliche Praxis der Internen Revision, herausgegeben durch „The Institute of Internal Auditors“, veröffentlicht durch das Institut für Interne Revision Österreich – IIA Austria.

Seit 1. Jänner 2021 nimmt die interne Revision die Funktion einer Konzernrevision wahr, um so auch in den Konzerngesellschaften eine ordnungsgemäße Revisionsarbeit gemäß CGLL sicherzustellen.

9. ABSCHLUSSPRÜFUNG UND RECHNUNGSWESEN

Die CGLL vom 25. April 2019 sahen vor, dass nach fünf aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren ein:e neue:r Abschlussprüfer:in zu bestellen ist. Mit Beschluss des Gemeinderates vom 25. Jänner 2024 erfolgte eine Abänderung dieser Regelung dahingehend, dass nunmehr erst nach Prüfung von sieben aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren ein:e neue:r Abschlussprüfer:in zu bestellen ist.

Der Aufsichtsrat schlug auf Basis der CGLL nach einer öffentlichen Ausschreibung und einem Hearing im Prüfungsausschuss der Hauptversammlung im Geschäftsjahr 2020 vor, die Firma KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft (KPMG) mit der Abschlussprüfung zu beauftragen. Die Bestellung der KPMG zur Prüfgesellschaft erfolgte in der Hauptversammlung vom 2. Juli 2020. Die KPMG prüft die IKB im Geschäftsjahr 2023 zum vierten Mal in Folge.

Die IKB betreibt ein Rechnungswesen, das ein getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und eine fundierte Unternehmensplanung sowie durch eine geeignete Kosten- und Leistungsrechnung eine Kontrolle der Wirtschaftlichkeit ermöglicht. Das Rechnungswesen entspricht im Sinne des § 83 AktG den Anforderungen des Unternehmens. Der Vorstand berichtet in jeder ordentlichen Sitzung des Aufsichtsrates zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und legt den Jahresvoranschlag sowie den Jahresabschluss dem Prüfungsausschuss sowie dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vor.

10. EINHALTUNG DER CORPORATE-GOVERNANCE-LEITLINIEN

Die CGLL wurden unter Verweis auf die nachfolgende Anmerkung im Geschäftsjahr 2023 eingehalten.

Entgegen der Empfehlung der CGLL sind Mag. Dr. Erich Entstrasser und DI Alexander Speckle und war DI Johann Herdina sowohl Mitglieder des Aufsichtsrates als auch Aktionärsvertreter der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG in der Hauptversammlung der IKB.

Der Vollständigkeit halber wird darauf hingewiesen, dass die Vergütung und Vertragslage der Vorstandsmitglieder nicht den Richtlinien für Dienstverträge von Managerinnen und Managern (RDMM) unterworfen wurden. Die rechtskonforme Verankerung der RDMM wurde im Jahr 2020 vor allem auf die Vereinbarkeit mit dem Aktien- und Stellenbesetzungsgesetz geprüft. Die Umsetzung der RDMM ist mit den einschlägigen Normen nicht vereinbar, weshalb unter Berufung auf den Subsidiaritätsvorbehalt des § 1 Abs 3 der RDMM („Bei der Umsetzung dieser Richtlinien sind die rechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten. Die Bestimmungen der Richtlinien sind nur insoweit anwendbar, als dadurch nicht gegen zwingende Rechtsnormen verstoßen wird.“) eine gesellschaftsrechtliche oder innerbetriebliche Verankerung der RDMM unterblieb.

11. ERGEBNIS DER EXTERNEN ÜBERPRÜFUNG DES BERICHTEES

Im Einklang mit der Anordnung gemäß Pkt. 13.2. der CGLL wurde der Corporate-Governance-Bericht für das Berichtsjahr 2020 einer externen Überprüfung unterzogen. Die mit der Prüfung beauftragte KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kudlichstraße 41, 4020 Linz, hat festgestellt, dass die berichtsgegenständliche Entsprechenserklärung des Vorstandes und Aufsichtsrates hinsichtlich der Einhaltung der CGLL zutrifft.

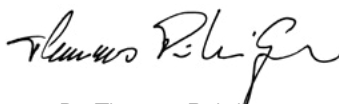
Innsbruck, im Juni 2024

Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft

Für den Vorstand



DI Helmuth Müller
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. Thomas Pühringer
Mitglied des Vorstandes



DI Thomas Gasser, MBA
Mitglied des Vorstandes

Für den Aufsichtsrat



Prof. Dr. Andreas Altmann
Vorsitzender des Aufsichtsrates

KONZERN-BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2023

(Beträge in Euro)

AKTIVA	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	11.337.395,37	13.436
2. Geschäfts(firmen)wert	154.981,44	940
3. Geleistete Anzahlungen	190.267,40	36
	11.682.644,21	14.412
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	313.546.183,83	295.425
2. Technische Anlagen und Maschinen	352.254.658,44	342.846
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	109.184.979,40	108.250
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	54.987.697,29	57.738
	829.973.518,96	804.259
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an assoziierten Unternehmen	765.231,60	648
2. Beteiligungen	17.500,00	18
3. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	3.548.916,56	19.824
	4.331.648,16	20.490
	845.987.811,33	839.161
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10.058.628,93	9.666
2. Noch nicht abrechenbare Leistungen	2.445.290,67	2.225
	12.503.919,60	11.891
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 79.132.760,18 (VJ TEUR 75.800) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 9.563.610,20 (VJ TEUR 5.000)		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 51.948.411,42 (VJ TEUR 51.756)	51.948.411,42	51.756
2. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 1.053.869,65 (VJ TEUR 1.214)	1.053.869,65	1.214
3. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 26.130.479,11 (VJ TEUR 22.830) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 9.563.610,20 (VJ TEUR 5.000)	35.694.089,31	27.830
	88.696.370,38	80.800
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		
	118.577.962,49	88.110
	219.778.252,47	180.801
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	963.513,44	957
D. AKTIVE LATENTE STEUERN		
	1.741.820,80	1.732
SUMME AKTIVA	1.068.471.398,04	1.022.651

PASSIVA	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	TEUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Eingefordertes und eingezahltes Grundkapital		
	10.000.000,00	10.000
II. Kapitalrücklagen		
1. Gebundene	104.036,99	104
2. Nicht gebundene	479.126.174,03	479.918
3. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	-1.142.263,68	-1.142
	478.087.947,34	478.880
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	1.030.602,54	1.030
2. Andere Rücklagen (freie Rücklagen)	203.801.435,81	197.196
	204.832.038,35	198.226
IV. Bilanzgewinn davon Gewinnvortrag EUR 163.355,98 (VJ TEUR 0)		
	15.963.283,71	17.519
V. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		
	47.496.376,82	46.981
	756.379.646,22	751.606
B. INVESTITIONSZUSCHÜSSE		
	54.664.065,91	48.464
C. BAUKOSTENBEITRÄGE		
	49.571.211,84	49.819
D. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	20.050.859,99	19.506
2. Rückstellungen für Pensionen	4.258.471,00	4.447
3. Steuerrückstellungen	22.992,00	93
4. Sonstige Rückstellungen	57.013.968,57	41.076
	81.346.291,56	65.122
E. VERBINDLICHKEITEN davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 91.836.387,45 (VJ TEUR 75.602) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 27.760.907,15 (VJ TEUR 29.673)		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 2.623.436,31 (VJ TEUR 2.478) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 23.434.645,16 (VJ TEUR 25.025)	26.058.081,47	27.502
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 2.118.021,97 (VJ TEUR 6.556) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 453.807,46 (VJ TEUR 521)	2.571.829,43	7.077
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 47.552.864,29 (VJ TEUR 37.178) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 1.305.286,18 (VJ TEUR 706)	48.858.150,47	37.884
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 12.321.554,86 (VJ TEUR 10.126) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 249.900,00 (VJ TEUR 267)	12.571.454,86	10.393
5. Sonstige Verbindlichkeiten davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 27.220.510,02 (VJ TEUR 19.264) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 2.317.268,35 (VJ TEUR 3.155) davon aus Steuern EUR 6.431.558,46 (Vorjahr TEUR 4.736) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 2.986.316,56 (Vorjahr TEUR 2.714)	29.537.778,37	22.419
	119.597.294,60	105.275
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	6.912.887,91	2.365
SUMME PASSIVA	1.068.471.398,04	1.022.651

KONZERN-ANLAGENSPIEGEL 2023

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen						Buchwert	
	zum 1.1.2023	Abgang durch Spaltung	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	zum 31.12.2023	zum 1.1.2023	Abgang durch Spaltung	Zugänge	Zuschreibungen	Abgänge	zum 31.12.2023	zum 31.12.2023	zum 31.12.2022
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielles Anlagevermögen														
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	49.584.334,17	26.190,00	862.933,90	136.726,04	149.824,64	50.434.176,67	36.148.785,71	26.190,00	3.038.031,75	0,00	63.846,16	39.096.781,30	11.337.395,37	13.435.548,46
2. Geschäfts(Firmen)wert	10.489.045,37	0,00	0,00	0,00	0,00	10.489.045,37	9.548.600,19	0,00	785.463,74	0,00	0,00	10.334.063,93	154.981,44	940.445,18
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	36.103,54	0,00	522.154,97	0,00	-367.991,11	190.267,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	190.267,40	36.103,54
Summe immaterielles Anlagevermögen	60.109.483,08	26.190,00	1.385.088,87	136.726,04	-218.166,47	61.113.489,44	45.697.385,90	26.190,00	3.823.495,49	0,00	63.846,16	49.430.845,23	11.682.644,21	14.412.097,18
II. Sachanlagen														
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	630.764.728,57	0,00	2.323.152,99	1.168.835,69	32.151.981,10	664.071.026,97	335.339.589,73	0,00	16.148.068,26	0,00	962.814,85	350.524.843,14	313.546.183,83	295.425.138,84
2. Technische Anlagen und Maschinen	754.407.301,07	383.184,73	25.559.840,22	1.336.663,10	8.263.472,66	786.510.766,12	411.561.410,95	383.184,73	24.033.680,17	0,00	955.798,71	434.256.107,68	352.254.658,44	342.845.890,12
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	294.318.294,02	0,00	13.898.167,05	7.685.116,04	2.099.759,20	302.631.104,23	186.068.000,12	0,00	14.614.616,10	0,00	7.236.491,39	193.446.124,83	109.184.979,40	108.250.293,90
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	57.737.336,91	0,00	39.978.255,10	430.848,23	-42.297.046,49	54.987.697,29	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	54.987.697,29	57.737.336,91
Summe Sachanlagen	1.737.227.660,57	383.184,73	81.759.415,36	10.621.463,06	218.166,47	1.808.200.594,61	932.969.000,80	383.184,73	54.796.364,53	0,00	9.155.104,95	978.227.075,65	829.973.518,96	804.258.659,77
III. Finanzanlagen														
1. Anteile an assoziierten Unternehmen	648.440,53	0,00	524.791,07	408.000,00	0,00	765.231,60	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	765.231,60	648.440,53
2. Beteiligungen	17.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.500,00	17.500,00
3. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	20.420.726,30	0,00	93.508,28	16.448.780,54	0,00	4.065.454,04	596.477,91	0,00	0,00	79.940,43	0,00	516.537,48	3.548.916,56	19.824.248,39
Summe Finanzanlagen	21.086.666,83	0,00	618.299,35	16.856.780,54	0,00	4.848.185,64	596.477,91	0,00	0,00	79.940,43	0,00	516.537,48	4.331.648,16	20.490.188,92
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	1.818.423.810,48	409.374,73	83.762.803,58	27.614.969,64	0,00	1.874.162.269,69	979.262.864,61	409.374,73	58.619.860,02	79.940,43	9.218.951,11	1.028.174.458,36	845.987.811,33	839.160.945,87

KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für das Geschäftsjahr von 1. Jänner bis 31. Dezember 2023 (Beträge in Euro)

	2023 EUR	2022 TEUR
1. Umsatzerlöse	372.315.420,46	317.381
2. Veränderung des Bestands an noch nicht abrechenbaren Leistungen	216.199,43	737
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	7.909.691,75	7.118
4. Sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	1.060.680,40	8.524
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.619.094,93	2.218
c) Übrige	14.910.559,27	10.643
	17.590.334,60	21.385
Betriebsleistung	398.031.646,24	346.620
5. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen		
a) Materialaufwand	-110.248.191,98	-95.048
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-31.362.559,58	-25.145
	-141.610.751,56	-120.193
6. Personalaufwand		
a) Löhne	-39.812.153,60	-35.665
b) Gehälter	-49.654.383,38	-42.558
c) Soziale Aufwendungen		
aa) Aufwendungen für Altersversorgung	-626.466,65	-1.238
bb) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-4.104.945,80	-2.529
cc) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-23.395.677,14	-20.919
dd) Übrige	-2.581.483,23	-2.529
	-30.708.572,82	-27.215
	-120.175.109,80	-105.438
7. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		
a) Planmäßig	-58.619.860,02	-56.220
	-58.619.860,02	-56.220
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit sie nicht unter Z. 18 fallen	-10.851.978,27	-8.999
b) Übrige	-77.980.294,07	-52.593
c) Personalstellungsaufwand	-10.783.400,23	-11.362
	-99.615.672,57	-72.955
Betriebliche Aufwendungen	-420.021.393,95	-354.806
9. Zwischensumme aus Z. 1 bis 8 (Betriebserfolg)	-21.989.747,71	-8.186
10. Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	524.791,07	440
11. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	40.716,14	35
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.553.343,91	183
13. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	3.631.159,89	104
14. Aufwendungen aus Finanzanlagen davon Abschreibungen EUR 0,00 (VJ: TEUR 218)	-39.270,00	-253
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-353.285,00	-985
16. Zwischensumme aus Z. 10 bis 15 (Finanzerfolg)	5.357.456,01	-477
17. Ergebnis vor Steuern (Zwischensumme aus Z. 9 und Z. 16)	-16.632.291,70	-8.663
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon positive latente Steuern EUR 134.655,57 (VJ negative TEUR 259)	155.781,96	-180
19. Ergebnis nach Steuern	-16.476.509,74	-8.842
20. JAHRESFEHLBETRAG/-ÜBERSCHUSS	-16.476.509,74	-8.842
21. Anteile anderer Gesellschafter am Jahresergebnis	-1.642.981,05	-666
22. Auflösung von nicht gebundenen Kapitalrücklagen	40.525.243,33	34.725
23. Zuweisung zu Gewinnrücklagen	-6.605.824,81	-7.698
24. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	163.355,98	0
25. BILANZGEWINN	15.963.284	17.519

Impressum

Herausgeberin:

Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft,
Salurner Straße 11, 6020 Innsbruck